Sonnabend, 17. September 1932
Nr. 211. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Wochenend-ausgabe

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Durchführungs - Bestimmungen mit dreifacher Lohnkürzung

Lohnabbau ist – „sozial“

„Wir lassen uns von niemand an sozialer Gesinnung übertreffen“.
(v. Papen in seiner Rundfunkrede am 12. 9.)

Am 15. September soll die Verordnung über Lohnabbau in Kraft treten. Dazu ist die von Reichsinnenminister Gayl angekündigte Erläuterung über den „sozialen“ Charakter des lohnpolitischen Teils der Verordnung vom 4. September in Form eines Aufsatzes des Staatssekretärs Dr. Grieser im „Reichsdienst“ erschienen. Nach dem im CNB erschienenen Auszug schreibt Dr. Grieser darin u. a.:

„Der Steuernachlaß in der Form der Steuergutscheine, so erklärt er, stammt aus einem sozialen (!) Motiv . . . Werden alle Möglichkeiten des neuen Planes ausgenutzt, dann kann (!) ein Arbeitszuwachs gewonnen werden, der etwa viermal größer ist als der ursprüngliche Umfang der Notstandsarbeiten. Der neue Arbeitsplan wird 1¾ Millionen Arbeitslosen das Tor zur Betriebsstätte öffnen und damit sogleich zwei Millionen Frauen und Kindern von solchen Arbeitslosen helfen, es sei denn, daß unerwartet widrige Umstände dazwischentreten . . .“

Das kann alles so sein, aber es fehlt jeder Beweis, daß wirklich eine nennenswerte Anzahl Neueinstellungen erfolgen werden. Aber selbst wenn diese Neueinstellungen erfolgen sollten, so zeigen der Staatssekretär und damit die Regierung gleich den wahren Zweck dieser Uebung auf, nämlich nichts anderes, als die bisherigen Staatsausgaben für Arbeitslosenunterstützung ausschließlich auf Kosten der bisher noch im Betrieb Beschäftigten einzusparen. Während das Kapital Milliarden geschenkt bekommt, wird das Gesamteinkommen der Arbeiter (bisherige Beschäftigte und Arbeitslose zusammen) um Milliarden gekürzt. Denn, so heißt es in dem Aufsatz weiter:

„Wer einen Arbeitslosen in das Arbeitsverhältnis einreiht, erspart der öffentlichen Hand Ausgaben und verdient sich dadurch einen Steuergutschein so gut wie der Steuerzahler selbst . . .

Im übrigen kann ein Betrieb, wenn er nicht sofort neue Aufträge hereinholen kann, die Belegschaft vermehren — auf Kosten der Arbeitszeit. Die Arbeitsmenge wird durch Verkürzung der Arbeitszeit gestreckt und dann unter die alte und neue Belegschaft gleichmäßig verteilt. Auch eine solche Kontingentierung der Arbeitsmenge macht Unterstützungsempfänger zu Lohnempfängern (!) und verringert die Ausgaben der öffentlichen Hand.

Die Verordnung der Reichsregierung vom 5. September gibt dem Arbeitgeber das Recht, den Lohntarif verhältnismäßig zu mindern, wenn er die Zahl seiner Arbeiter gegenüber dem Stande vom 15. August oder gegenüber dem Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 vermehrt. Je größer die Vermehrung, desto größer die Lohnminderung.“

Dr. Grieser sagt hier nichts, was nicht schon durch Verordnung bekannt wäre, aber die Regierung will damit die ganze Sache den Unternehmern noch schmackhafter machen.

Das Empörendste dabei ist, daß diese beispiellose Ausräuberung der Arbeiter noch — sozial genannt wird.

Wenn das sozial ist, dann allerdings kann die Regierung Papen an „sozialer Gesinnung“ von niemandem übertroffen werden.

Verordnung des Reichsarbeitsministers

Der Reichsarbeitsminister veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ und im „Reichsgesetzblatt“ eine mit dem 15. September in Kraft tretende Ergänzungsverordnung zur Durchführung der Lohnabbauverordnung vom 5. September, genannt „Verordnung zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit“. Es wird da festgelegt, daß die Berechnung der vorhandenen Belegschaft und ihrer Vermehrung grundsätzlich auf die Vierzigstundenwoche abgestellt werden soll. Demgemäß soll eine Vermehrung der Arbeiterzahl, die nur durch Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 40 Wochenstunden erzielt ist, für Berechtigung zur Tarifunterschreitung nicht angerechnet werden. Umgekehrt soll denjenigen Unternehmern, die in den Monaten Juni bis August durchschnittlich eine geringere als 36stündige Wochenarbeitszeit hatten, die Zahl der tatsächlich neu eingestellten Arbeiter erhöht angerechnet werden.

Einerseits heißt es in der Verordnung:

„Es wird vermieden, daß der Arbeitsverdienst der vorhandenen Arbeiter und Angestellten, der bei Verkürzung der Arbeitszeit naturgemäß schon eine Minderung erfährt, außerdem auf Grund der Verordnung durch Unterschreitung der tariflichen Sätze weiter verkürzt werden kann.“

Anderseits aber wird gesagt:

„Eine solche doppelte Kürzung würde nur in den Fällen eintreten, in denen ein Betrieb soviele Arbeitnehmer neu einstellte, daß dadurch nicht nur die Kürzung der Arbeitszeit ausgeglichen würde, sondern darüber hinaus eine Vermehrung der Beschäftigung einträte.“

Das hebt das Erste nicht nur wieder auf, sondern damit wird auch bestätigt, was wir sofort feststellten, nämlich, daß der Lohn nicht nur durch Arbeitszeitverkürzung und der damit verbundenen entsprechenden Unterschreitung der Tarifsätze, sondern auch noch durch die 20%ige Extrakürzung bei „gefährdeten“ Betrieben abgebaut werden kann. Es bleibt also bei der Möglichkeit einer

dreifachen und bis 50% betragenden Lohnkürzung.

Auch die Akkordsätze sollen gekürzt werden, denn es heißt zum Schluß:

„Außer diesen allgemeinen Vorschriften werden im Reichsarbeitsministerium noch besondere Bestimmungen zur Durchführung der Verordnung vom 5. September bei Akkordlöhnen und in der Seeschifffahrt vorbereitet. Ihre Veröffentlichung ist in den nächsten Tagen zu erwarten.“

Zum Schluß wird durch all die unzähligen Bestimmungen und Verordnungen kein Mensch mehr durchfinden. Uebrig bleiben wird eine Zerschlagung aller Tarife und eine völlige Willkürherrschaft der Unternehmer. Demgegenüber gibt's für die Arbeiter nur eines:

Sofortige Organisierung und Durchführung des Kampfes gegen das ganze Machwerk. Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau! Das muß die Antwort der Arbeiter in ganz Deutschland sein!

Was will Löbe bei Papen?

Berlin, 15. September.

Der frühere Reichstagspräsident Löbe, der jetzt Vorsitzender des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung ist, hat in dieser Eigenschaft, wie das „Tempo“ berichtet, heute vormittag mit dem Reichskanzler von Papen Fühlung genommen. Gegenstand der Besprechung soll der gestrige Beschluß einer nationalsozialistisch-kommunistischen Mehrheit gewesen sein, den Kanzler und andere Regierungsmitglieder zum Zwecke einer Untersuchung vor einen Untersuchungsausschuß zu laden.

Wann tagt der Untersuchungsausschuß?

Berlin, 15. September.

VDZ. Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages, der am Mittwoch beschlossen hat, die Rechte des Untersuchungsausschusses in Anspruch zu nehmen und eine Untersuchung über die tatsächlichen Vorgänge in der Reichstagssitzung vom 12. September durchzuführen, ist bisher, wie das Nachrichtenbüro der VDZ meldet, zu einer neuen Sitzung noch nicht einberufen worden. Die jetzige Aufforderung des Ausschusses soll an die Minister ergehen in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger zur Aussage über Tatsachen, nicht zur Stellungnahme zu politischen Fragen.

In sozialdemokratischen Kreisen wendet man sich gegen die Mitteilungen, daß die Parteien, die der Einsetzung des Ueberwachungsausschusses als Untersuchungsausschuß nicht zugestimmt haben, also Sozialdemokraten, Zentrum, Bayrische Volkspartei und Deutschnationale, an den weiteren Verhandlungen sich nicht beteiligen würden und daß auch der Abgeordnete Löbe nicht den Vorsitz führen werde. Diese Mitteilungen beruhen, soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, auf Kombinationen. Die Sozialdemokratie habe zwar die Untersuchung als überflüssig angesehen, ihre künftige Stellung im Ausschuß werde sie aber davon abhängig machen, wie sich die Reichsregierung einerseits und die nationalsozialistisch-kommunistische Mehrheit andererseits verhalten werde.

Preußischer Landtag am 21. September

CNB. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, kann es jetzt als feststehend betrachtet werden, daß der Preußische Landtag am kommenden Mittwoch, den 21. September, zu seiner nächsten Plenartagung zusammentritt.

Der Konflikt und die Arbeiterklasse

Die stürmischen und sensationellen Ereignisse dieser Woche haben die Aufmerksamkeit der Zeitgenossen allzusehr auf den äußeren Ablauf der Vorgänge gelenkt. **Für die Arbeiterklasse ist es aber immer am wichtigsten, die weniger sichtbaren Zusammenhänge, die im Hintergrund wirkenden Kräfte der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu erkennen.**

Der Konflikt zwischen der Regierung Papen—Schleicher und den Nationalsozialisten ist der vorläufig schroffste Ausdruck des Ringens, das zwischen der alten Reaktion und dem nationalsozialistischen Faschismus stattfindet. Der 12. September ist ein Teilgefecht in dem Entscheidungskampf, den diese beiden Mächte seit Jahren um die Führung in Deutschland austragen, er ist zugleich der erste offene Sieg der alten Reaktion in diesem Kampf, die erste große politische Niederlage des Nationalsozialismus.

Diese politische Situation konnte nur erwachsen auf dem Boden der Krise des Weltkapitalismus. Im Rahmen dieser bis dahin so noch nicht erlebten Erschütterung des gesamten kapitalistischen Systems erfuhr der deutsche Kapitalismus eine besondere Zuspitzung der Krise, die sich vor allem erklärt aus der wirtschaftlichen Vernichtung jener Mittelschichten, die der Kitt des kapitalistischen Wirtschaftsbaues gewesen waren. Die dadurch heraufbeschworene Gefahr des Zusammenbruchs des Kapitalismus und der Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft führt den Kapitalismus auf den für ihn charakteristischen Ausweg: Angriff auf die Lebenshaltung der Massen.

Diese Angriffe haben sich insbesondere seit 1928 unaufhörlich gesteigert. Heute sind, nach sehr vorsichtigen Schätzungen, mindestens 1½ Millionen Arbeitslose in Deutschland ohne einen Pfennig Unterstützung, und die noch Unterstützten leben in bitterster Not. Für den bevorstehenden Winter ist mit 9 Millionen Arbeitslosen in Deutschland zu rechnen. Wie lange kann das noch so weiter gehen, wann kommt der Augenblick, da die Empörung ausbricht?

Die Herren der herrschenden Klassen wenden längst jede Art Gewalt an, wie sie es in den Jahren des deutschen Bürgerkrieges gelernt haben. Für die politische Entwicklung der Machthaber von heute, ja für die politische Entwicklung in Deutschland überhaupt, ist charakteristisch die Laufbahn des jetzt mächtigsten Mannes, des Reichswehrministers General von Schleicher. Seine politische Tätigkeit begann am 10. November 1918 als Verbindungsmann zwischen Ebert—Scheidemann und Hindenburg—Groener, er organisierte den Aufmarsch der Freikorps gegen Berlin, er war seitdem einer der Drahtzieher der Konterrevolution. Unter Noske, unter Ebert, unter Hermann Müller vollzog sich seine fabelhafte Karriere!

Heute ist die Konterrevolution so stark, daß sie es wagen kann, sich öffentlich in die Haare zu geraten — zugleich ein sehr schlimmes Zeichen für die Schwäche der Arbeiterklasse. Die Kapitalisten haben die nationalsozialistische Bewegung großgezogen, weil sie eine Massenbewegung als Stütze ihrer Diktatur brauchten. Aber eine nationalsozialistische Regierung ist doch ein Risiko für die herrschende Klasse. Der offene Faschismus bietet den Kapitalisten

als letzte Möglichkeit, wenn sie keinen anderen Ausweg mehr sehen. Lieber wollen die Kapitalisten Hitler als Werkzeug benutzen, um in der äußersten Not würden sie sich ihm unterwerfen.

Der Konflikt zwischen Hindenburg-Papen-Schleicher und Hitler bedeutet zweifellos eine momentane Schwächung der Konterrevolution und damit eine große Chance für das deutsche Proletariat. Wird diese Chance erkannt, wird sie genutzt werden von den großen Arbeiterparteien?

Die SPD hat in den vergangenen Jahren mit ihrer Tolerierungspolitik der Reaktion unschätzbare Dienste geleistet. Sie hat durch ihre Haltung die leidenden Millionen verwirrt, die Spaltung der Arbeiterbewegung verewigt, die Kampfkraft der Arbeiterklasse gehemmt. Die Diktatur der Bourgeoisie hatte eine zuverlässige Stütze in der SPD. In diesem Winter muß die kapitalistische Klasse zu anderen Methoden greifen. Sie kann die Tolerierung der SPD nicht mehr dulden. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

Aber die Führer der Sozialdemokratie können und wollen sich von dieser Politik nicht trennen. In diesem Augenblick, in dem mehr als je alles von der Einigung der Arbeiterklasse abhängt, verstärken sie ihre Hetze gegen die KPD, gegen die sich im gleichen Moment der ganze Druck des Staatsapparates richtet und deren Verbot als nächstes Ziel der herrschenden Gewalten erscheint. Aber die Sozialdemokratie tut noch mehr. Während jetzt alles darauf ankäme, die Gegensätze im konterrevolutionären Lager zu schüren — wie es die KPD mit ihrer geschickten Taktik am 12. September getan hat —, ist die SPD als erste Partei dazu übergegangen, Papen recht zu geben, ihm seine Situation zu erleichtern und eine neue verschlimmerte Auflage der Tolerierungspolitik zu beginnen. Die Sozialdemokratie wird heute wie überhaupt seit dem 4. August 1914 geschüttelt von der Angst vor dem Zusammenbruch des Kapitalismus: die Furcht vor der Revolution ist der Leitgedanke ihrer Politik.

Gleichzeitig beginnt die SPD eine „Sozialistische Aktion", in Wahrheit eine Propaganda für Verstaatlichungsmaßnahmen, die, wenn sie durchgeführt würden, nur den jetzigen Machthabern zugute kommen, zu einer Verstärkung ihrer Positionen führen könnten. Und was tut die Sozialdemokratie für diese Sozialistische Aktion? Man muß schon sagen: Es ist eine Aktion ohne Aktivität, es ist nichts als ein neues Manöver, um die enttäuschten Massen wieder einmal mit einer schön klingenden Parole einzufangen. Und daneben werden die sozialdemokratischen Führer ihre Anhänger mit der Aussicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen vertrösten!

Unsere Aufgabe ist es, all diese Tatsachen den sozialdemokratischen Arbeitern vor Augen zu führen. Jedem Arbeiter muß es einleuchten: Wenn die Gegner sich streiten, müssen wir uns zusammenschließen!

Wenn diese dringendste Aufgabe der proletarischen Politik noch nicht gelöst ist, so liegt das an dem Verhalten der Führung der SPD und der KPD. Der 20. Juli brachte den vollkommenen Zusammenbruch der Politik der SPD, aber dieser Tag zeigte auch das völlige Versagen der KPD, deren Einfluß in den Betrieben, deren Fähigkeit, die Massen zu außerparlamentarischen Aktionen zu führen, gleich null ist. Das ist eine katastrophale Tatsache für diese große Partei.

Die Sozialistische Arbeiterpartei hat die Aufgabe, heute mehr noch als bisher für die proletarische Einheitsfront zu wirken. Ohne Selbstüberhebung dürfen wir sagen, daß nahezu alles, was sie im letzten Jahre an Einheitsfront zustandegekommen ist, unserer Existenz und unserem Wirken zu danken war. Wir werden auch weiterhin und, wie wir im Interesse der Arbeiterklasse hoffen, mit wachsendem Erfolg den Willen der Massen zum Kampf wecken. Wir werden arbeiten an der Vorbereitung der Revolution — und das allein kann heute Anspruch erheben, sozialistische Aktion genannt zu werden!

Geraer Staatskommissar entläßt den Stadtvorstand

(Eigene Meldung der SAZ)

Gera, 16. September.

Staatsbeauftragter Dr. Jahn hat im Einvernehmen mit dem Nazi-Minister von Thüringen, Saukel, fast den ganzen Stadtvorstand beurlaubt.

Oberbürgermeister Arnold, Oberbaurat Sausse, Stadtrat Dr. Trautner, alle Herren aus dem bürgerlichen Lager, weiter noch Stadtrat Drechsler von der SPD sind ihrer Aemter enthoben.

Es durften im Amte verbleiben Bürgermeister Dr. Bartsch, SPD, und Oberbaurat Luthardt (bürgerl.).

Ausgerechnet wurde von einem Naziminister und dessen Staatskommissar der sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Barth mit den Geschäften des vorläufigen beurlaubten Oberbürgermeister betraut! (Was mag wohl hier die Ursache sein?)

Der Stadtrat sowie die städtischen Ausschüsse können nur noch mit der ausdrücklichen Genehmigung des Staatskommissars tagen.

Der Hauptausschuß verlangt sofort den Empfang einer Deputation vom Stadtrat beim Staatsministerium von Thüringen, dessen Minister ausschließlich Nazis sind.

Mag dieser Herr Dr. Jahn schon vieles vollbracht haben, dieses aber steht in der Geschichte der deutschen Kommunalpolitik einzig da. Da ist Braunschweig in Preußen nichts dagegen.

Die Klassenjustiz wütet

(Eigene Meldung der SAZ)

Saalfeld, 15. September.

In dem Prozeß über die politische Schlägerei vom 16. zum 17. Juli zwischen Nazis auf der einen und Arbeitern aller Richtungen auf der anderen Seite, die hier in der Siedlung „Stambul" stattfand, wurde heute das Urteil gefällt. Die Arbeiter wurden verurteilt, und zwar:

7 Arbeiter und eine Arbeiterin je 5 Monate Gefängnis,

1 Jugendlicher Arbeiter 2 Monate Gefängnis.

Die Nazis wurden freigesprochen (!!)

Ueber den Verlauf dieses Prozesses haben wir bereits in den Nrn. 203 und 204 der SAZ berichtet. Das Urteil übertrifft alle Erwartungen, die man bei der Klassenbedingtheit der heutigen Gerichte in Rechnung stellt. Das Urteil geht über den Antrag des Amtsanwalts hinaus, denn dieser hat nur bei 7 Arbeitern Bestrafung beantragt.

Bezeichnend ist folgende Tatsache: Unter den Verurteilten befinden sich ein Teil, bei denen der Amtsanwalt Freisprechung beantragt hatte. Wenn man bedenkt, daß zu Beginn des Prozesses 31 Arbeiter auf der einen Seite und 5 Nazis auf der anderen Seite als Angeklagte waren, und man betrachtet den Verlauf sowie das Resultat dieses Prozesses, so kommt man zu dem Schluß, daß dieser Prozeß nur inszeniert wurde, um die Arbeiter zu verknacken.

* * *

Dortmund, 16. September.

WTB. Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das zweite Dortmunder Sondergericht neun Kommunisten, unter ihnen zwei Frauen, wegen schweren bzw. einfachen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von drei bis zehn Monaten. Von zwei mitangeklagten Reichsbannerleuten, die wegen Waffenbesitzes angeklagt waren, erhielten einer drei Monate Gefängnis, der andere eine Geldstrafe.

Wuppertal, 16. September.

Das Wuppertaler Sondergericht verurteilte in der vergangenen Nacht nach 14stündiger Verhandlung zwei Kommunisten, und zwar den 23jährigen Pflasterer Walter Schmalenberg zu sieben Jahren sechs Monaten Zuchthaus und den 31jährigen Schlosser Wilhelm Grimm zu vier Jahren Zuchthaus. Beide hatten in der Nacht zum 19. Juni einen Nationalsozialisten durch Schüsse getötet und zwei weitere verletzt. Das Gericht nahm Totschlag in dem einen Falle und Totschlagsversuch in den beiden anderen Fällen an und erklärte bei der Urteilsverkündung, nach der Notverordnung vom 9. August wäre die Tat wahrscheinlich mit dem Tode zu sühnen gewesen.

Berlin, 15. September.

CNB. Die erste Kammer des Sondergerichts verurteilte heute nachzweitägiger Verhandlung den 57jährigen Former Karl Berger wegen versuchten Totschlags zu zehn Jahren Zuchthaus. Fünf weitere Angeklagte wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Der Verhandlung lagen die Zusammenstöße zugrunde, zu denen es am Abend des 5. September anläßlich eines Umzugs des nationalsozialistischen Sturms 100 gekommen war. Bei dem Zusammenstoß wurden etwa 30 Schüsse abgegeben, ohne daß jedoch jemand getroffen wurde.

Deutsche Pressefreiheit

Berlin, 16. September.

CNB. In der Oeffentlichkeit ist behauptet worden, die Reichsregierung habe in einer Rundverfügung an die Länder angeordnet, daß alle Zeitungen auf acht Tage verboten werden sollen, die der Reichsregierung Verfassungsbruch vorwerfen. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, ist eine derartige Rundverfügung nicht ergangen. Es wird aber diesem Dementi hinzugefügt, daß durchaus mit der Möglichkeit zu rechnen sei, wenn derartige Behauptungen auftauchen, die betreffende Zeitung zu verbieten.

Berlin, 16. September.

WTB. Wie der Polizeipräsident mitteilt, ist auf Grund des § 6 Abs 1 Ziffer 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 die in Berlin erscheinende demokratische Tageszeitung BVZ (Berliner Volkszeitung) mit sofortiger Wirkung bis zum 21. September 1932 einschließlich verboten worden. Das Verbot ist erfolgt, weil die Zeitung in ihrer Nummer 437 vom 14. September ein Gutachten des Staatsrechtslehrers Professor Nowinsky besprochen hat. In den Ausführungen wird eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Reichspräsidenten im Sinne des § 6 Abs. 1 Ziffer 2 a. a. O. gesehen. Eine Wiedergabe der beanstandeten Stelle bei einer etwaigen Veröffentlichung der Verbotsverfügung würde zu einem erneuten Verbot der Zeitung führen.

Berlin, 16. September.

Auf Grund des § 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 und auf Grund des § 6 Abs. 1 Ziffer 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 sind die in Berlin erscheinenden periodischen Zeitschriften „Der junge Bolschewik" und „Der Agitator" mit sofortiger Wirkung bis zum 12. März 1933 einschließlich verboten worden.

Königsberg i. Pr., 16. September.

Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat gemäß § 6 Ziffer 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 die Preußische Zeitung (nationalsozialistisch) in Königsberg für eine Woche, und zwar vom 14. bis 20. September einschließlich verboten, weil in der Zeitung der Reichsregierung Verfassungsbruch vorgeworfen wird.

Neustrelitz, 16. September.

CNB. Das Mecklenburg-Schweriner Ministerium des Innern hat auf Antrag des Reichsinnenministers auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen die hier als Kopfblatt des Mecklenburg-Schweriner Regierungsorgans „Niederdeutscher Beobachter" erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Mecklenburg-Strelitzer Beobachter" auf die Dauer von fünf Tagen verboten. Anlaß zu dem Verbot war ein unter der Ueberschrift „Regierung der Unfähigkeit" im „Mecklenburg-Strelitzer Beobachter" erschienener Artikel, in dem gegen die Reichsregierung heftige Angriffe gerichtet wurden. In der Verbotsbegründung weist der Reichsinnenminister besonders auf einen Absatz des Artikels hin, in dem im Zusammenhang mit der Reichsregierung von einem Klub gesprochen wurde, der das deutsche Volk wieder „in die Leibeigenschaft der Junkerkaste und in den Frondienst der Ritter und Adligen" zu bringen bestrebt sei.

Berlin, 16. September.

CNB. Die „Berliner Volkszeitung" ist heute früh wieder erschienen. Das Blatt veröffentlicht folgendes Schreiben des Polizeipräsidenten an die Redaktion:

Das Verbot der in Ihrem Verlage erscheinenden Tageszeitung „Berliner Volkszeitung" wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Ein neuer Schlag gegen die KPD

Berlin, 16. September.

Der Polizeipräsident teilt mit: „Der politischen Polizei gelang es im Laufe des heutigen Tages, eine kommunistische Geheimdruckerei, in der ein Ersatzblatt für die „Rote Fahne" hergestellt wird, auszuheben. Dabei wurden mehr als 50 000 bereits fertiggestellte Exemplare der „Roten Sturmfahne" beschlagnahmt. Sieben Personen wurden noch bei der Druckarbeit von den Beamten überrascht, festgenommen und der Abteilung I eingeliefert. Einer der Festgenommenen versuchte sich seiner Einlieferung dadurch zu entziehen, daß er beim Transport aus dem in voller Fahrt befindlichen Personenkraftwagen heraussprang und fortlief. Den Beamten gelang es jedoch noch, den Flüchtigen wieder einzufangen.

Die „Rote Sturmfahne" stellt seit Jahren das hauptsächlichste illegale Organ der Kommunistischen Partei dar. Sie erscheint vornehmlich in größeren Auflageziffern in Verbotszeiten der „Roten Fahne". Der Inhalt des heute beschlagnahmten Blattes trägt hochverräterischen Charakter; er fordert zum Massenstreik auf und beschimpft in bisher unerreichter Weise Regierung und Staatsbeamte. Im Druckvermerk ist eine nicht existierende Firma in Düsseldorf angegeben. Die Druckerei ist polizeilich geschlossen. Ein Strafverfahren wegen Hochverrats wird gegen die Festgenommenen eingeleitet. Diese werden morgen dem zuständigen Vernehmungsrichter zwecks Erlasses eines Haftbefehls vorgeführt werden."

CNB. Berlin, 16. September.

In Ergänzung der gestrigen Meldung über die Aushebung einer kommunistischen Geheimdruckerei wird noch bekannt, daß es der Politischen Polizei gelungen ist, noch weiteres Zersetzungsmaterial an anderen Orten zu finden. Es wurden rund 50 Zentner Zersetzungsschriften hochverräterischen Inhalts beschlagnahmt. Insbesondere wurde auch Material zum Druck für Zersetzungsschriften in der Schutzpolizei und Reichswehr gefunden. Das Meterial ist so umfangreich, daß die Prüfung mehrere Tage in Anspruch nehmen wird

Neue bürgerliche Mischmaschpartei

In der Berliner Handwerkskammer fand dieser Tage eine Versammlung von Angehörigen des bürgerlichen Mittelstandes von Groß Berlin und aus der Provinz Brandenburg statt. Die Versammlung faßte den Beschluß, sofort die Grundlage für eine neue Sammlung der bürgerlichen Mittelschichten zu schaffen. Es wurde die Gründung einer Organisation vorgenommen, die den Namen „Bürgerliche Vereinigung für Handwerk, Handel und Gewerbe" führt. Die neue Organisation, die man wohl als eine Totgeburt bezeichnen darf, ist eine Art Fortsetzung der bankrotten Wirtschaftspartei.

Absplitterung von der NSDAP

(Eigene Meldung der SAZ)

Oldenburg, 16. September.

Eine „Nationalsozialistische Deutsche revolutionäre Arbeiterbewegung" geht um. Im „Freiheitskämpfer" erläßt die Gauleitung Weser-Ems der NSDAP eine Bekanntmachung, „worin sie vor einer oben genannten Organisation warnt, die ihren Sitz in Oldenburg haben soll und von früher ausgeschlossenen Mitgliedern der NSDAP getragen wird, um die Hitlerpartei dadurch zu schädigen". Diese neue Gruppe hatte schon ein Flugblatt in Druck gegeben, das bis jetzt noch nicht verteilt wurde. Es ist sicher, daß es in der NSDAP Oldenburgs gewaltig gärt. Ausgesprochen im Reiche Rövers, wo Hitler seine Versprechungen durch seine Diener einlösen sollte. Da sich die NSDAP Oldenburgs vorwiegend aus kleinbürgerlichen Elementen zusammensetzt, ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft diese Konflikte genau verfolgt.

Göring verklagt Papen

Berlin. Reichstagspräsident Göring hat gegen den Reichskanzler Privatklage erhoben, weil dieser ihm bewußtes verfassungswidriges Verhalten zum Vorwurf gemacht habe.

Hörsing-Partei will kandidieren

Berlin, 16. September.

CNB. Die Pressestelle der von Oberpräsident a. D. Hörsing gegründeten Sozial-republikanischen Partei Deutschlands (Hörsing-Bewegung) teilt mit, daß der Parteivorstand gemeinschaftlich mit den Vertretern seiner Gauvorstände einstimmig beschlossen hat, sich an den nächsten Reichstagswahlen in allen Wahlbezirken Deutschlands zu beteiligen.

Der „überparteiliche" Rundfunkkommissar

Berlin, 16. September.

CNB. Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Minister a. r. Scholz, veranlaßt, um jeden Anschein parteipolitischer Rücksichten in seiner Amtsführung zu vermeiden, im Einvernehmen mit der Parteileitung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei als deren Mitglied auszuscheiden.

Sklarek-Prozeß geht weiter

WTB. Berlin, 16. September.

Wie die Justizpressestelle mitteilt, hat das Kammergericht als Beschwerdeinstanz den Antrag des Max Sklarek, das gegen ihn schwebende Strafverfahren wegen dauernder Verhandlungsunfähigkeit vorläufig einzustellen, zurückgewiesen.

Polen völkerbundsmüde

„Eine vor dem Zusammenbruch stehende Gesellschaft"

Warschau, 15. September.

WTB. Das Blatt der polnischen Großindustrie „Kurjer Polski", erhebt die Forderung, daß Polen bei einer kommenden Völkerbundsversammlung auf eine Wiederwahl in den Völkerbundsrat verzichte. Polen werde durch Ausscheiden aus dem Rat eine Bewegungsfreiheit gewinnen, die es als Ratsmacht nicht besitzt. Der Völkerbund befindet sich vor dem moralischen Bankrott. Es sei deshalb sinnlos, sich zu bemühen, in eine vor dem Zusammenbruch stehende Gesellschaft aufgenommen zu werden.

Die andauernde Verschärfung der imperialistischen Gegensätze und die immer deutlicher zutage tretende Ohnmacht des Völkerbundes (wir erinnern nur an China, Litauen und Bolivien) werden die Austrittsbestrebungen und damit den Zerfall des Völkerbundes in Zukunft nur noch steigern. Wenn schon Polen, der Vasall und Verbündete Frankreichs, der Vormacht des Völkerbundes, ausreißen will, dann wird es bald bei den außereuropäischen Staaten, besonders bei Japan, kein Halten mehr geben. Japan pfeift ja längst auf alle Völkerbundsbeschlüsse und kündigte schon vor Monaten seinen Austritt an, wenn es in seiner Chinaräuberei gestört würde.

Der Zerfall des Völkerbundes beweist nicht nur die Unmöglichkeit die imperialistischen Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Welt auf friedlichem Wege auszugleichen, sondern er zeigt auch, daß wir uns einem neuen Weltkrieg mit Riesenschritten nähern. Die einzelnen Mächtegruppierungen wollen sich dazu jetzt schon durch Absprung vom Völkerbund die uneingeschränkte Handlungsfreiheit schaffen.

Neuer Umsturz in Chile

Santiago de Chile, 16. September.

WTB. Oberst Merino, der nach dem Rücktritt des Präsidenten Davila eine provisorische Regierung gebildet hatte, ist geflüchtet und hat sich auf dem Flugplatz Elbosque verbarrikadiert. In aller Eile hat sich eine Junta aus Führern der Armee gebildet, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen, da es den Anschein hat, als ob Davila versuchen könnte, die Macht wieder an sich zu reißen. Der provisorische Präsident, General Blanco, der zurückgetreten war, hat neueren Meldungen zufolge die Regierung wieder übernommen.

Der erste Schritt zur Einführung eines Miliz-„Systems“

Pressestimmen zum „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung — Die Ausführungsbestimmungen

Paris, 15. September.

CNB. Der Schaffung des Reichskuratoriums für Ertüchtigung der Jugend wird von der französischen Presse in Meldungen aus Berlin große Beachtung geschenkt. Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ schreibt u. a., die Schaffung des Reichskuratoriums könne als der erste Schritt zur Einführung eines Milizsystems betrachtet werden. Der Berliner Korrespondent des „Journal“ gelangt zu der Ansicht, man sei wohl nicht weit von der Wahrheit entfernt, wenn man in dem neuen Organismus das Reservoir sehe, aus dem Deutschland die Effektivbestände für das Milizheer schöpfe, das man in naher Zukunft zu schaffen entschlossen sei.

London, 15. September.

CNB. Die gestrige Verordnung des Reichspräsidenten über die Ertüchtigung der Jugend wird von allen Blättern an hervorragender Stelle veröffentlicht. Die Berliner Korrespondenten der Presse weisen übereinstimmend auf die Möglichkeit hin, die sich dadurch nach ihrer Meinung für die Bildung einer deutschen Miliz ergibt. Der Berliner Korrespondent der „Morning Post“ sagt, die Art Sport, die gelehrt werden soll, habe große Aehnlichkeit mit dem, was vom Stahlhelm und der SA „Wehrsport“ genannt werde. Es sei daher nicht anzunehmen, daß das Kuratorium für die körperliche Ertüchtigung gar nichts mit der deutschen Forderung nach einer Miliz zu tun habe. Es würde aber auch verkehrt sein, die neue Entwicklung rein im Lichte militärischer Möglichkeiten zu betrachten. Allerdings hätten alle diese Maßnahmen das eine gemeinsam, daß sie den Staat mit Elementen versehen, die mit Schnelligkeit militarisiert werden könnten. — Der Korrespondent der „Times“ in Berlin nennt die Bildung des Nationalkuratoriums für Ertüchtigung der Jugend einen neuen Schritt in der Richtung auf das militärische Schicksal, das Deutschland zu erwarten scheine.

Berlin, 17. September.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„Mit der Schaffung des „Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung“ hat der Reichspräsident wieder auf einem Gebiete nationaler Notwendigkeit eine großzügige und hoffnungsreiche Initiative ergriffen. Der deutschen Jugend, die in zahllosen Verbänden und auf vielen Wegen seit dem Kriege immer stärker nach einer lebendigen, aktiven Verbindung zum deutschen Staat strebt, wird endlich vom Staat die Hand zum Bunde entgegengestreckt. Es ist ein außerordentlich glücklicher Gedanke, diesen Bund zwischen Deutschem Reich und deutscher Jugend mit dem Wehrsport zu beginnen; in der Tat ist der Wehrwille der geeignetste Anknüpfungspunkt zwischen einer Jugend, in der er seit Jahren zu einer mächtigen Bewegung über alle Partei- und Verbandsgrenzen hinweg angewachsen ist, und dem Staat, der sich gerade jetzt in entschiedener Form zu ihm bekannt hat. Hier ist ein gangbarer Weg gefunden, um die deutsche Jugend der verderblichen Zerspaltung durch einseitige und unduldsame Parteihetze zu entziehen, ein Weg zur Bildung eines einheitlichen deutschen Nationalbewußtseins, von dem uns die traurige Ueberspitzung der innerdeutschen Gegensätze immer weiter zu entfernen scheint. — Gewiß bedarf dieser erste Schritt noch des Ausbaues und der Ergänzung. Die zunächst vorgesehene Organisation der dreiwöchigen Sportlager wird jährlich nur etwa 50 000 junge Männer, und den einzelnen nur für kürzeste Frist, erfassen können; das darf nur ein Anfang sein mit dem Ziel der Ausdehnung auf die gesamte deutsche Mannesjugend. Ferner kann die Arbeit des Reichskuratoriums in dem vorgesehenen Rahmen sich nur auf die Jungmannschaft etwa vom 17. Lebensjahre an erstrecken. Die zersetzende Propaganda der Parteien aber hat sich heute schon der Schuljugend von kaum mehr als zehn Jahren bemächtigt; auch diese jüngeren Generationen zu einem geschlossenen Staats- und Volksbewußtsein zu erziehen, muß der nächste Schritt sein, für den die „DAZ“ erst vor kurzem wieder eingetreten ist. Die Persönlichkeiten, die der Reichspräsident mit der Leitung des Reichskuratoriums betraut hat, bieten die Gewähr dafür, daß auf dem eingeschlagenen Wege energisch und folgerichtig fortgeschritten werden wird. Wir begrüßen den mutigen Anfang, der hier gemacht worden ist.“

Richtlinien des Innenministeriums

Im Reichsministerium des Innern sind in Verbindung mit der Gründung des Kuratoriums für den Geländesport Richtlinien für die Durchführung erlassen worden.

In der Vorbemerkung zu diesen Richtlinien heißt es:

Der Versailler Vertrag verbietet der deutschen Jugend das Befassen mit militärischen Dingen, insbesondere die Ausbildung an Kriegswaffen. Damit sind dem Geländesport Grenzen gezogen, deren Einhaltung zur Pflicht aller gemacht werden muß. Es besteht aber kein Verbot, die deutsche Jugend zu den Grundeigenschaften eines wehrhaften Mannes zu erziehen, auf die kein lebenswilliges Volk verzichten kann.

In den Richtlinien, die dem Zweck dienen, innerhalb der gegebenen Grenzen Hinweise für diese Erziehung zu geben, heißt es u. a.:

Der Geländesport dient der Erziehung der deutschen Jugend zu wehrhaften Männern. Wehrhaftigkeit bedeutet körperliche und geistige Mannhaftigkeit an sich und Opferbereitschaft für die Gesamtheit.

Die Grundeigenschaften des wehrhaften Mannes sind körperliche Leistungsfähigkeit, Gewandtheit und Härte, Willensstärke, Mut und Entschlußkraft, Zucht, Ordnungsliebe, Kameradschaft, Wehr- und Opferbereitschaft für Volk und Land. Körperliche und geistige Eigenschaften bilden eine Einheit, deren einzelne Teile unter sich in engster Wechselverbindung stehen.

Der Bildung und Förderung dieser Eigenschaften dienen die einzelnen Zweige des Geländesports. Sie werden bei Wanderungen im Gelände und in Geländesportschulen (Lager) betrieben.

Der Erfolg des Geländesports hängt in höchstem Maße von der Persönlichkeit und dem Können des Lehrers ab. Seine Ausbildung ist die erste und wichtigste Voraussetzung für den Erfolg des Geländesports.

Die Körperschule soll Härte, Ausdauer und Zähigkeit erzielen und zu langdauernden Willensleistungen befähigen. Sie umfaßt im wesentlichen das, was heute unter dem Sammelnamen „Leibesübungen“ verstanden wird. Dabei sind auf dem Gebiete der sportlichen Schulung einfache Naturformen ohne Betonung einer ausgeklügelten Technik in den Vordergrund zu stellen.

Gleichzeitig mit den Leibesübungen müssen die Ordnungsübungen geübt werden. Sie sind notwendig, um die Jugend an Manneszucht, Gehorsam und Unterordnung zu gewöhnen. Der Zweck dieser Ausbildung ist erreicht, wenn man in der Lage ist, in Geländesportlagern oder zu Wanderungen u. dgl. vereinigte junge Leute ordnungsmäßig zusammenzuhalten und in guter straffer Haltung und Ordnung durch die Straßen oder durch das Gelände zu führen.

In jedem Ort finden jährlich zwei bis drei Prüfungen (Mai, August, Oktober) statt. Ein örtlicher Prüfungsausschuß ist zu bilden.

Wie weiter bekannt wird, erhalten die Teilnehmer an den Geländesportübungen eine Einheitskleidung, Verpflegung und verbilligte Reise. Sie werden in Kurse zusammengefaßt. Die stattfindenden Kurse erstrecken sich im allgemeinen auf die Dauer von etwa drei Wochen. Versuchskurse haben seit dem Juli bereits stattgefunden und haben gute Erfolge erzielt. Die Ausbildung geschieht durch geeignete Lehrer, in Frage kommen Sportlehrer, frühere Reichswehroffiziere und frühere Polizeioffiziere. Der Lehrerstamm soll aber aus den Kreisen der Kursusteilnehmer unter Umständen ergänzt werden. Ausbildungslager bestehen u. a. in Lockstedt bei Hamburg, und in Brauau in Schlesien. Für den Winter und für besonders geeignete Orte sind Spezialkurse geplant. Außerdem ist eine enge Verbindung und ein Uebergang zum Freiwilligen Arbeitsdienst vorgesehen.

Neuer Verrat der Reformisten?

Wie die demokratische „Breslauer Zeitung“ meldet, ist bereits mit allen in Frage kommenden Verbänden, mit Ausnahme der Kommunisten, Fühlung genommen worden. Alle Verbände sollen ihre grundsätzliche Zusage zur Mitarbeit im Reichskuratorium für Jugendertüchtigung erteilt haben.

Das würde bedeuten, daß die SAJ und das Reichsbanner und vielleicht noch andere sozialdemokratisch geführte Organisationen sich an diesem eindeutig militaristischen und nationalistischen Unternehmen beteiligen und damit erneut auch in dieser Frage der proletarischen Jugend, dem Proletariat überhaupt in den Rücken fallen. Eine solche, leider nur zu wahrscheinliche Stellungnahme der reformistischen Organisationen muß den flammendsten Protest in den Reihen der Arbeiterschaft hervorrufen!

Der „Chef“

Der ehemalige General Edwin von Stülpnagel, der zum Zwangsertüchtiger der deutschen Jugend ernannt wurde

Reichswehroffiziere beim Kyffhäuserbund

(Eigene Meldung der SAZ.)

Oldenburg, 16. September.

Wie weit die Macht der Reichswehrgenerale in der Deutschen Republik schon wieder verankert ist, beweist, daß sie am letzten Sonntag die Prüfungen zur Erlangung des deutschen Sportabzeichens beim Kyffhäuserbund abnahmen. Daß es dabei wie auf dem preußischen Kasernenhof zuging, versteht sich von selbst. Die Helden vom Kyffhäuserbund quittierten den Kasernenhofton mit einem dummen Gesichtsausdruck, denn sie konnten nicht stramm genug stehen.

Aufrüstungspropaganda im Film

Der Reichsaußenminister in der Ufatonwoche

Berlin, 15. September.

CNB. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath ist ab heute mit einer kurzen Ansprache im Rahmen der Ufa- und Deulig-Tonwoche zu hören, die Deutschlands militärische Gleichberechtigungsforderung kurz auseinandersetzt.

Was wird ihnen schon passieren

Kottbus, 13. September.

WTB. Der unter der Leitung eines Berliner Kriminalkommissars stehenden Untersuchungskommission ist es gelungen, den Sprengstoffanschlag aufzuklären, durch den in der Nacht vom 16. zum 17. August, wie seinerzeit gemeldet, ein neuerbautes Haus der jüdischen Landarbeitersiedlung in Groß Gaglow in Trümmer gelegt wurde. Die Täter sind festgenommen. Es handelt sich um fünf Mitglieder der NSDAP, die heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

45) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Die Matrosen verlangen nochmals Flugblätter, Flugzeuge, — sie wollen die Revolution weitertragen! In ganz Schleswig muß die Rep blik ausgerufen werden! Noske ist gegen Flugzeuge, gegen eine Ausbreitung der Bewegung, gegen die Ausrufung der Republik. Er spricht im Gegensatz zu den Matrosen nicht von Revolution, sondern von einer Bewegung. Immer wieder fordert er Ordnung und Rückkehr in geordnete Zustände. Er schildert die Situation in den hoffnungslosesten Farben und spricht von „dem entsetzlichen Zustand, in dem sich unser Volk infolge der Kriegsniederlage befindet“.

Wieder springt Artelt von seinem Stuhl auf:

„Genossen, wir sind doch nicht hierhergekommen, um uns bange machen zu lassen. Wir haben große Aufgaben vor uns. Unsere Kameraden in den Kasernen und auf den Schiffen erwarten, daß wir ihnen Entschlüsse zur Sicherung und für die weitere Ausbreitung der Revolution vorlegen . . .“ Mit heftigen Worten wendet er sich gegen Noske, und er setzt es schließlich durch, daß die Punkte der Regierung abgelehnt werden. Selbst der Gewerkschaftsführer Garbe lenkt ein und meint, daß man damit ja noch Zeit habe.

Aber Noske schlägt mit der Faust auf den Tisch:

„Der Kieler Meuterei, die ich persönlich auf das Schärfste verurteile, ist ein Ende zu bereiten!“

Die Matrosen- und Arbeiterräte sind starr.

„Warum stellt er sich denn dann an die Spitze?“

„Er hat sich doch zum Vorsitzenden wählen lassen!“

„Da müssen schwerwiegende Gründe vorliegen!“

„Wenn unser erster Vorsitzender so sprechen kann, wie hoffnungslos muß unsere Lage dann in Wirklichkeit sein!“

Die Zaghaften sind in der Ueberzahl, und die Gewerkschaftler sehen in Noske ihren alten erprobten Führer. Die Sorge vor einmarschierenden Truppen hat die meisten schon tagelang nicht losgelassen. Und jetzt, nach der Aktion und in der aufgezwungenen Untätigkeit, ist diese Sorge das Beherrschende geworden. Die Arbeiter sehen Kiel schon von Truppen umzingelt, und die Matrosenräte, die mit ihren Namen für die Bewegung verantwortlich zeichnen, sehen sich schon als verurteilte Hochverräter an den Raen ihrer Schiffe baumeln.

Dann läßt Noske die Kleinmütigen wieder aufatmen:

„. . . natürlich, die politischen Forderungen, für die gekämpft worden ist, die müssen selbstverständlich erfüllt werden! Auch über die Amnestie wird die Regierung schon mit sich reden lassen!“

Er legt nochmals die Punkte der Regierung vor:

Die Delegierten sind jetzt bereit, darüber zu diskutieren. Diese Bereitschaft genügt Noske vollkommen. Er will noch gar keine Entscheidung; er will nur die Delegierten und die hinter ihnen stehenden tausendköpfigen Besatzungen beschäftigen, und er erklärt kategorisch: „Nein, jetzt keine Diskussionen. Geht in die Kasernen und auf die Schiffe zurück und sprecht erst mit euren Kameraden das hier Gehörte durch!“

So ziehen die Räte entmutigt aus der Sitzung ab, um mit ihren Kameraden zu diskutieren. Die Matrosenerhebung ist endgültig von Aktionen abgelenkt und auf Versammlungen lokalisiert worden.

Noske hat die hohe Schule der Sozialdemokratie hinter sich. Von außen kann man Massenbewegungen nicht beeinflussen. Eintreten und sich an die Spitze stellen, das ist die während des Krieges in den großen politischen Streiks erprobte Taktik, in Braunschweig, im Leunawerk, in Wien, beim Metallarbeiterstreik in Berlin, überall erfolgreich von Sozialdemokraten im Interesse der Vaterlandsverteidigung praktiziert. Und in allen diesen Fällen war die Aufgabe ungleich schwieriger; dort hatten die Führer es mit politisch geschulten Arbeitern zu tun. Hier sind es Matrosen, die als Zwanzigjährige in die Marine eingetreten sind, die weder gewerkschaftliche noch politische Erfahrung besitzen.

Nur die Unabhängigen machen Noske einige Schwierigkeiten.

Aber sie haben ihm keinen ebenbürtigen Kopf entgegenzustellen. Und Haase ist noch immer nicht in Kiel eingetroffen.

Abends treffen neue Meldungen ein:

Soldatenräte in Rendsburg, in Lübeck, Schleswig, Schwerin, Cuxhaven, Brunsbüttel.

Und der Abgeordnete Noske, der die Bewegung nicht geführt, der sich ihrer Ausbreitung entgegengestellt hat, läßt sich höher tragen. Er ruft die Gewerkschaftsfunktionäre und die Parteiführer Kiels zusammen und schlägt sich zum Gouverneur der Festung Kiel vor. Der alte parlamentarische Kuhhandel um Machtpositionen wird auch hier aufgenommen. Der Unabhängige Popp verlangt als Gegenleistung den Vorsitz des Soldatenrats, den Noske ihm gern überläßt.

Am nächsten Tag rücken 800 Vertrauensleute an.

Die Diskussionen auf den Schiffen gingen über die von Noske vermittelten „fünf Regierungspunkte“ weit hinaus, und die Delegierten sind heute entschlossen, ihre weitergehenden Forderungen auch gegen Noske durchzudrücken. Die Stimmung gegen Noske ist im Wachsen.

Aber Noske kommt der Opposition zuvor.

Er eröffnet die Sitzung und teilt mit:

„Lübeck, Bremen, Cuxhaven, Rendsburg, Flensburg haben sich uns angeschlossen und ebenfalls einen Arbeiter- und Soldatenrat gebildet!“

Die Matrosen brechen in stürmischen Beifall aus.

Noske muß sich erst wieder Gehör verschaffen. Er hebt seine Hand und fährt dann fort:

„Weiter habe ich mitzuteilen, daß alle aus Anlaß der vorjährigen Bewegung Verurteilten freigelassen worden sind . . .“

Das stimmt, ebenso wie die gestern vorgelegten „fünf Regierungspunkte“, nur zum Teil; aber es ist eine Nachricht, die einschlägt!“

Die Matrosen springen von ihren Plätzen auf. Einer brüllt von einem Tisch herunter:

„Unsere Kameraden von 1917 — Hurra!“

„Hurra!“ brüllen die achthundert Delegierten.

Vor dem Gebäude steht wie immer Kopf an Kopf gedrängt die Menge. Ein Fenster wird aufgerissen.

Einer der Delegierten ruft herunter:

„Eine frohe Nachricht! Unsere Kameraden, die seit 1917 in den Zuchthäusern schmachten . . .“

Er kann nicht zu Ende sprechen; die unten erraten die Nachricht schon. Mützen werden von den Köpfen gerissen. Ein brausendes Hurra umbrandet das Haus. Es dauert eine Weile, bis im Saal wieder einigermaßen Ruhe eingetreten ist.

Noske ist seiner Sache sicher.

Er grinst über das ganze Gesicht:

„Gestern ist der Genosse Popp, Mitglied der Unabhängigen Partei, dem Soldatenrat zugewählt worden. Ich erteile dem Genossen Popp das Wort zu positiven Vorschlägen für unsere Organisation!“

Nur wenige kennen Popp — aber einer von der USP, das legitimiert ihn bei den Kulis! Und daß Noske dem USP-Mann bereitwillig das Wort erteilt, das versöhnt viele von denen, die heute gegen Noske auftreten wollten.

Auch Papendieck gehört zum Soldatenrat.

„Noske ist doch eine wichtige Kraft!“ sagt er.

„Vielleicht nur etwas zu vorsichtig!“

„Der will auf ganz sicher gehen!“

„An der Spitze können wir auch keinen brauchen, der unvorsichtig ist, es geht doch ums Ganze!“

„Aber heute ist Schwung da!“

„Jetzt geht's richtig los!“

„Wir schaffen es doch noch!“

(Fortsetzung folgt.)

Umbau der Gewerkschaften eine Notwendigkeit

Umbau der Wirtschaft nur eine Phrase

A. H. Am 9. September tagte der Bundesausschuß des ADGB. Wer erwartet hatte, daß ernstliche Maßnahmen gegen die Notverordnung beschlossen würden, wird enttäuscht sein. Die Sitzung, die sich mit der gegenwärtigen Lage befaßte, brachte auch in der Behandlung der Notverordnung nichts Neues. Die Redner wie Leipart, Eggert, Spliedt und auch Nörpel, der die arbeitsrechtlichen Fragen der Notverordnung einer eingehenden und wirkungsvollen Kritik unterzog, konnten oder wollten nicht das aufzeigen, was für eine wirkliche ernsthafte Bekämpfung überhaupt in Frage kommt. Die Schlußworte Nörpels, entgegen seinen vorherigen guten Ausführungen, waren eine Kapitulation sondergleichen. „Sachlich und verfassungsmäßig führen wir unseren guten Kampf um die Erhaltung der Arbeiterrechte", waren seine letzten Worte und Leipart krönte in seinen Schlußworten diese Ausführungen noch durch pathetische nichtssagende Worte. Kein Beschluß, kein Aufruf an die Arbeiterschaft, keine Richtlinien für die Verteidigung der Arbeiterrechte, eine Erörterung und Diskussion unter sich, das ist das Ergebnis dieser letzten Bundesausschußsitzung des ADGB. Wenn der Kampf gegen die Notverordnung nur ein Protest, eine Demonstration im Sitzungszimmer sein soll, dann allerdings darf die Arbeiterschaft auf die Initiative zum Kampf von diesen Führern nicht warten.

Aber schon lange seit Bekanntwerden der Papenschen Maßnahmen im Rundfunk nach der Rede in Münster übte sich die SPD- und ADGB-Presse im Totschweigen oder in der Proklamierung des „Kampfes" gegen die Notverordnung im Reichstag. Das Programm „Umbau der Wirtschaft" wurde in den Vordergrund der Erörterungen gestellt, die Deklamation „Reichstag greif an!" im „Vorwärts" vom 7. September war die erste kalte Dusche für die sozialdemokratischen Anhänger, die alle auf den Kampfaufruf warteten. Und der Artikel Paul Löbes im „Vorwärts" vom 10. September „Wirtschaftsbelebung" zeigt den Ausweg nur in der Parole „Umbau der Wirtschaft", den Vorschlägen der Gewerkschaften und zum Schluß dieselbe seichte Phrase: die Sozialdemokratie stürmt vor, um Reichstag und Volk vor die Entscheidung zwischen beiden zu stellen.

Der Entscheid im Reichstag ist inzwischen gefallen, er ist aufgelöst, nach Hause geschickt, der „Volksvertretung" ist die Luft abgestellt. Wieder beweist dieser Fall den Bankerott des Parlamentarismus und in dieser Stunde ruft der Vorstand der SPD im „Vorwärts" vom 13. September zum Volksentscheid gegen Lohnabbau auf. „Sozialistische Offensive" ist die neue Parole und mit diesem Stimmzettel-Kampf will man den neuen Lohnabbau bekämpfen. Will man der Arbeiterschaft wieder blauen Dunst vormachen? Jawohl, Volksentscheid auf jeden Fall, aber im

offenen Kampf, hie Kapital — hie Arbeit.

Wenn also wirklich gekämpft werden soll, und es muß gekämpft werden, dann mit klaren Fronten. Mit solchen Kraftmeiereien wie „Sozialistische Offensive und Volksentscheid gegen Lohnabbau", wie es in dem Aufruf des SPD-Vorstandes zum Ausdruck kommt, darf die Arbeiterschaft nicht abgehalten werden von der Verteidigung der Lebensrechte der Arbeiterschaft. Wer diesen bitter notwendigen Kampf sabotiert oder durch irreführende Parolen verzögern will, kann als Führer der Arbeiterschaft nicht mehr fungieren.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft und die Gewerkschaftsmitglieder müssen auf Grund der Kapitulation der Führer endlich einsehen, daß ihnen von dort kein Heil widerfährt, daß diese Führergarnitur nicht mehr kämpfen will, daß sie mit diesem Staat auf Gedeih und Verderb verbunden ist.

Da auch immer wieder festgestellt wird, daß die Führer dieser Organisation stets versagt haben und weiterhin versagen werden, muß endlich ihnen die Gelegenheit gegeben werden, sich am „Umbau der Wirtschaft" zu betätigen, die Arbeiterschaft aber muß ihre Organisationen und besonders die Gewerkschaften umbauen zu dem, was sie waren und sein müssen, damit sie überhaupt Bestand haben. Die Beispiele Mussolini, Pilsudski, Mac Donald und vieler anderer früherer Sozialisten sollte der deutschen Arbeiterschaft zu denken geben. Die Gewerkschaften müssen leben im Interesse der ganzen Arbeiterbewegung und wenn sie leben wollen, muß ihr Kurs und ihre Führung radikal geändert werden.

Der Phrase „Umbau der Wirtschaft" hat die deutsche Arbeiterschaft das Programm zum Umbau der Gewerkschaften entgegenzustellen.

Nur wenn nach einem solchen Programm verfahren wird, können die Gewerkschaften und die ganze Arbeiterbewegung ihre Aufgaben voll erfüllen. Das „Rote Gewerkschaftsbuch" gibt darüber eingehend Auskunft und sollte von jedem Gewerkschaftler gelesen werden. Auch die darin vertretenen Forderungen stellen ein Programm zur Rettung der Gewerkschaften dar, die wir hier noch einmal anführen:

1. Sofortige Aenderung der Politik gegenüber Staat und Wirtschaft.
2. Schaffung von Industrieverbänden; ein Betrieb, ein Verband.
3. Herstellung einer wirklichen Demokratie. **(Alle Entscheidungen liegen bei der Mitgliedschaft, die bezahlten Funktionäre sind ausführende Organe. Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen, wenn sie sich zum Statut bekennen. Aenderung des Statuts nach dem Willen der Mitgliedschaft.)**
4. **Besondere Regelung der Beitrags- und Gehälterfrage. (Die Gehälter müssen nach den Löhnen der Mitgliedschaft aufgebaut sein.)**
5. **Schaffung von Betriebsräteausschüssen, die Hand in Hand mit den Gewerkschaften arbeiten.**
6. **Aufnahme aller Arbeitslosen in den Verband, Schaffung von Arbeitslosen-Ausschüssen. Feste Vertretung der Erwerbslosen bei den Ortsverwaltungen, Delegiertenversammlungen, Ortskartellen, Bundesausschuß usw.**
7. **Aenderung der Einstellung zum Tarif- und Schlichtungswesen. Sofortige Aenderung der Taktik und Strategie bei Arbeitskämpfen.**
8. **Besondere Betreuung und Erfassung der Jugend und der Frauen und deren eingehende Schulung.**

Noch unendlich viele Forderungen könnten in diesem Programm aufgeführt werden, doch die obigen würden genügen, um das Vertrauen weiter Kreise der Mitgliedschaft neu zu gewinnen und den Mitgliederbestand und damit den ideologischen Einfluß zu stärken. Die oben angeschnittenen Fragen sind Existenzfragen für die Gewerkschaften und müssen daher von jedem Gewerkschaftler zu seinen eigenen Forderungen gemacht werden. Zeit ist nicht mehr zu verlieren, die Entscheidung drängt. Die Auswirkungen der Papen-Verordnungen bergen ungeahntes Unheil. Reihen wir alle Kräfte zusammen, um gegen diese Verordnung den schärfsten Kampf zu führen mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Die Arbeiterschaft muß den Kampf aufnehmen, wenn die Kräfte und die Chancen nicht noch mehr schwinden sollen. Heute noch sind die Gewerkschaften stark, heute noch kann ein Aufruf des ADGB die ganze Arbeiterschaft zum Kampf führen, morgen schon kann es zu spät sein, morgen schon kann das Vertrauen von Millionen verschwunden sein. Nutzen wir darum die Zeit, wagen wir den Kampf um Freiheit und Brot und der Sieg wird unser sein, trotz alledem!

Konjunkturumschwung in der Lederindustrie?

Das schon seit Wochen festzustellende merkliche Anziehen der Preise auf dem Ledermarkte hat dazu Veranlassung gegeben, von einem bevorstehenden Konjunkturumschwung zu schreiben. Wir halten eine solche Annahme — trotz aller optimistischen Aeußerungen des Instituts für Konjunkturforschung und der einschlägigen Fachliteratur — für unwahrscheinlich, da die Haussebewegung ihren Ursprung nicht in den realen Wirtschaftsverhältnissen, sondern in den spekulativen Maßnahmen der Börse hat.

Die Ausfuhr von Leder und Lederwaren — ein wichtiger Artikel der deutschen Export-Industrie — ist in den letzten Jahren in ständigem Abnehmen begriffen. Die Ursache liegt nur zum Teil in der gesunkenen Kaufkraft, zum weitaus größten Teil aber in den Autarkie-Bestrebungen der einzelnen Staaten begründet. Diese Bewegung in der Fabrikation von Leder hat bereits auch solche Gebiete erfaßt, die in früheren Jahren ausschließlich von der europäischen oder der USA-Industrie beliefert wurden, so neben Südamerika auch China. In China sind gegenwärtig 124 Leder-Fabriken in Betrieb, die sich — entsprechend der Tendenz, daß sich die Eigenproduktion eines Landes zuerst bei den Massengebrauchsartikeln durchsetzt — mit der Herstellung von Sohlleder beschäftigen. So ist denn auch — nach einer Statistik des Seezollamtes Kanton, von dem die wichtigsten Provinzen Südchinas erfaßt werden — die Einfuhr an Leder im Jahre 1931, trotz der Zunahme weiterverarbeitender Betriebe und des dadurch bedingten größeren Bedarfes, um 310 000 Mark zurückgegangen. Aber nicht nur die Aufnahmefähigkeit der ausgesprochenen Kolonialgebiete ist gesunken, sondern auch die der Industriestaaten. So entwickelte sich die Ausfuhr an Oberleder nach Ländern (in dz):

	1929	1930	1931	Januar bis Juli 1932
Frankreich	2 584	2 649	3 556	1 341
Großbritannien	9 960	10 901	12 712	9 508
Italien	4 938	2 962	1 792	1 396
Niederlande	3 008	4 058	3 733	2 791
Oesterreich	2 002	2 605	1 972	872
Schweiz	2 406	3 962	3 517	3 713
USA	5 266	7 386	1 476	1 886

Auch dieser Rückgang ist in erster Linie bedingt durch das Anwachsen der Eigenproduktion, die durch die Einführung von Hochschutzzöllen und Einfuhrkontingentierungen gegenüber der fremdländischen Industrie einen besonderen Schutz erhielt. Der Vorsprung, der Deutschland auf dem Ledermarkte verbleibt, liegt in der Lieferung der feineren Ledersorten, insbesondere in der Gerbung der Häute von Schafen, Kälbern und dergl. Dieser Vorsprung ist aber nur ein Vorsprung der Chemischen Industrie — wie lange noch, das ist eine Frage der Zeit.

Eine Besserung der Lage am Ledermarkte kann infolge der gedrosselten Kaufkraft des Innenmarktes nur durch eine Steigerung der Ausfuhr erfolgen. Diese ist aber aus den bereits genannten Gründen nicht zu erwarten. Damit herrscht in der Leder-Industrie dieselbe Tendenz wie in der Gesamtwirtschaft: der Wunsch und Wille, die mißlichen Wirtschaftsverhältnisse zu überwinden schafft noch keinen Konjunkturumschwung, und die Unterbringung der erwerbslosen Facharbeiter in ihrem früheren Berufe bleibt eine Illusion. Wo der Abgang an Arbeitsuchenden dennoch eine über das normale Maß einer saisonmäßigen Entlastung hinausgehende Form angenommen hat, ist er zum Teil auf innerorganisatorische Maßnahmen der Reichsanstalt, z. B. in der schärferen Auslegung des Begriffes Wohlfahrtserwerbsloser, der es vielen vorteilhafter erscheinen läßt, ihr Arbeitsgesuch zurückzuziehen, als sich weiterhin aussichtslosen bürokratischen Maßnahmen zu unterwerfen.

Axel.

Der Milchverbrauch ein Spiegel der Krise

Alarmzahlen — Ungeheuerliches Sinken des Milchverbrauchs

Mit dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit, mit der stetigen, unerhörten Senkung der Löhne und Gehälter der Arbeiter ist ein dauerndes Schwinden des Einkommens der breiten Massen verbunden. Längst sind aus dem Ausgabenplan der proletarischen Familie auch die bescheidensten Kulturausgaben verschwunden, längst sind die billigsten nur auftreibbaren Wohnungen bezogen. Und dennoch werden immer weiter die Löhne abgebaut, immer geringer werden die von der öffentlichen Hand gewährten Unterstützungen. So ist längst der Punkt der Entwicklung erreicht, an dem der Schwund des Einkommens die Proletarier zwingt, auch an den lebensnotwendigen Posten, bei Ernährung und Bekleidung, einschneidende Einsparungen vorzunehmen.

Ein wichtiges und beliebtes Volksernährungsmittel ist die Milch. Die Physiologen wissen uns manches Schöne über ihren Gehalt an Milcheiweiß (Kasein) und an aufbauenden organischen und anorganischen Salzen zu erzählen. Die Volkswirtschaftler können davon berichten, daß Milch nicht nur ein wichtiges Nahrungsmittel für Säuglinge ist, sondern daß sich um die Verarbeitung der Milch zu Butter und Käse ein großer, weitverbreiteter Industriezweig gruppiert.

Um so bezeichnender ist es, wenn gerade über den Verbrauch der Milch im vergangenen und in diesem Jahre die amtlichen Statistiken Alarmzahlen zu melden haben.

Der Milchverbrauch ist im Jahre 1931 um mehr als eine Milliarde Liter hinter dem Verbrauch des Jahres 1928 zurückgeblieben.

Dies Absinken des Milchverbrauchs hat mit dem Ende des vorigen Jahres keinen Abschluß gefunden. Im Gegenteil ist im bisher vergangenen Teil des Jahres 1932 der Milchverbrauch in ungleich schnellerem Tempo als im Vorjahre zurückgegangen. So berichtet die amtliche preußische Molkerei-Statistik (Juli 1932) daß der

Frischmilchverbrauch im preußischen Durchschnitt um 16,2 Prozent gegenüber 1931 zurückgegangen ist.

Diese Durchschnittszahl des Rückgangs wird in den Gegenden, in denen besonders viel Industrieproletariat anzutreffen ist, noch um ein Erhebliches übertroffen. Die Schleswig-Holsteinschen Milchproduzenten müssen berichten, daß sie, obwohl von ihnen die großen Städte Hamburg, Altona und Kiel — die normal einen Riesenbedarf haben dürften — versorgt werden nur noch 28 Prozent der im Vorjahr abgesetzten Mengen liefern konnten.

In Kiel, Hamburg und Altona ist demnach der Verbrauch an Milch um ca. 70 Prozent in diesem Jahre zurückgegangen.

In der stark industriellen Rheinprovinz ist der Milchverbrauch im Laufe dieses Jahres um 17,2 Prozent, im Industriegebiet Oberschlesien um 23,2 Prozent zurückgegangen.

Ein zuverlässiges Thermometer des Milchverbrauchs ist auch der Absatz von sogenannter Flaschenmilch, da dieser einem Verbrauch von hochwertiger Milch etwa gleichzusetzen ist. Der Absatz von Flaschenmilch ist bisher im Vergleich zu 1931 um ein Drittel zurückgegangen. In Berlin betrug der Rückgang sogar bis 70 Prozent. Noch erheblicher als der Rückgang des Frischmilchverbrauchs dürfte der Verbrauch an Butter sein.

Wenn sich in dem gleichen oder gar beschleunigten Tempo der Rückgang des Milchverbrauchs in Deutschland weiter fortsetzen sollte, ist nicht nur mit einer Gefährdung der milchproduzierenden und verarbeitenden Wirtschaftszweige zu rechnen, sondern auch mit einer ständig steigenden gesundheitlichen Gefährdung breiter Volksmassen. Erst mit einer Beseitigung der Krisenfolgen für die Proletarier wird diese bedauerliche und gefährliche Erscheinung liquidiert werden können.

Bergarbeiterstreik in der ganzen Welt?

London, 15. September.

Der französische Vertreter auf dem Internationalen Bergarbeiterkongreß Vigne schlug heute vor, die Bergarbeiter aller Länder sollten gleichzeitig in einen ein- bis zweitägigen Streik treten, um die Aufmerksamkeit der Welt auf ihre Forderungen zu lenken.

Wenn das ernst gemeint ist und den Auftakt zu wirklich internationaler Aktion darstellen würde, könnte man das nur kräftig unterstützen. Andernfalls jedoch ist es ein scheinradikaler Reklamevorschlag, der nichts nützt, nie durchgeführt wird und daher nur schadet.

Scheitern der Gehaltsverhandlungen

WTB. Halle, 15. September.

Die heute beim mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wieder aufgenommenen Verhandlungen zum Abschluß einer neuen Gehaltsstaffel sind gescheitert. Die Unternehmer lehnten die von den Angestelltenverbänden als dringend notwendig erachtete kollektive Regelung der Bezahlung der Angestellten bei Kurzarbeit grundsätzlich ab.

In Polnisch-Oberschlesien, wo die Unternehmer der Schwerindustrie auch 15% Abbau der Angestelltengehälter verlangen, sind die Verhandlungen gleichfalls gescheitert. Jetzt soll ein Schlichtungsausschuß entscheiden.

Streikbeschluß im englischen Baumwollindustriegebiet

Manchester, 15. September.

Eine Abstimmung unter den Baumwollkämmern ergab bei 20 000 Stimmenthaltungen 37 759 Stimmen für Arbeitsniederlegung, falls die vorgeschlagene Lohnkürzung durchgeführt würde. 3631 Stimmen waren gegen die Arbeitsniederlegung.

2½ Millionen Wohlfahrtserwerbslose

CNB. Berlin, 15. September.

Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, sind am 31. August in den Städten mit über 25 000 Einwohnern (mit zusammen rund 25 Millionen Einwohner) 1 580 000 laufend unterstützte Wohlfahrtserwerbslose gezählt worden. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies eine Zunahme um 30 000 Wohlfahrtserwerbslose. — Für die Gesamtheit der Gemeinden ist für Ende August mit rund 2 450 000 Wohlfahrtserwerbslosen zu rechnen.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; **Inserate:** Herbert Scholz, Breslau. **Verlag:** „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 3422
Sonnabend, 17. Sept.
8.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Sonnabend, 17. Sept.
5.30 Uhr
Konzert und Varieté
5.15 Uhr
Frühlingslaufl

HAUS VATERLAND
KURFÜRST 2420
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Der Staatsanwalt als Zeuge

Der zweite Verhandlungstag im Kanth-Prozeß — „Geländespiele" der SA — Hat SA-Mann Brieger einen Meineid geleistet?

Der gestrige Verhandlungstag über die Kanther Vorfälle sah ein Riesenaufgebot von nicht weniger als 60 Zeugen, die im Laufe des Tages sämtlich vernommen wurden. Die Zeugenvernehmung ergab das bei den Sondergerichtsverhandlungen bekannte Bild. Die Belastungszeugen wechseln mit den Entlastungszeugen. Die Aussagen stehen in einem unvereinbaren Gegensatz zueinander. So wird der Angeklagte Weiß von mehreren Zeugen, die der NSDAP angehören oder ihr nahestehen, mehr oder weniger schwer belastet. Dabei fällt auf, daß ein großer Teil dieser Zeugen aus dem Betriebe der Molkerei Kanth herkommt. Eine Reihe von weiteren Zeugen entkräftet jedoch wieder diese Aussagen. Für die Schuldfrage ist es nicht unerheblich, daß eine ganze Reihe von Bekundungen dahin geht, die ersten Schüsse seien von den Nationalsozialisten abgegeben worden. Der unbeteiligte Zeuge Milde ist bei dieser Schießerei selbst am linken Unterarm verletzt worden.

Ein interessantes Kapitel des Prozesses beginnt mit der Vernehmung des Zeugen Fesser. Fesser erzählt, es sei von beiden Seiten gleichzeitig geschossen worden. Im Verlauf seiner Aussage erinnert ihn der Staatsanwalt daran, daß er im Kanther Krankenhaus mit Bestimmtheit den Angeklagten Schiwick als Schützen erkannt haben will, der den tödlichen Schuß auf den Reichsbannermann Tilke abgegeben habe.

Mit anderen Worten, es ist nun so weit, daß die Anklagebehörde den Angeklagten zur Last legen wird, sie hätten ihre eigenen Gesinnungsgenossen angeschossen.

Auf die ungenauen Bekundungen des Zeugen Fesser hin greift der Staatsanwalt Menzel, der mit ihm zusammen im Krankenhaus weilte und die Erkennungsszene erlebt haben will, selbst in die Aussage ein und gibt eine genaue Schilderung des Vorfalls. Danach habe Fesser, dessen Schwager übrigens Nationalsozialist und wahrscheinlich selbst einer der nationalsozialistischen Schießhelden ist, zunächst ausgesagt, der Schütze, der den ersten Schuß abgegeben und Tilke getroffen habe, sei kurz darauf ebenfalls verletzt worden. Staatsanwalt Menzel stellte ihn daraufhin im Krankenhaus den Verletzten gegenüber. Im Krankenhaus erkannte Fesser zunächst niemanden. Da erblickte der Staatsanwalt einen Verletzten, der sich sein Gesicht mit einer Zeitung zudeckte. Auf das Geheiß des Staatsanwalts, die Zeitung beiseite zu legen, erkannte Fesser in der Person des Verletzten sofort den Angeklagten Schiwick als den in Frage kommenden Schützen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Bandmann, richtet nach dieser Schilderung an den Staatsanwalt die Frage, ob er eigentlich als Anklagevertreter oder als Zeuge spreche. Staatsanwalt Menzel begibt sich daraufhin sofort in den Verhandlungsraum und leistet, während ihn der Oberstaatsanwalt vertritt, auf seine Aussage den Zeugeneid.

Es besteht jedoch nach unserer Ansicht nach wie vor kein Zweifel, daß Schiwick als Schütze des tödlichen Schusses auf Tilke nicht in Frage kommt, da nicht weniger als sieben Zeugen, die Zeugen Nawroth, Rosner, Süßenbach, Pohl, Mai, Piets und Klinke mit Bestimmtheit bekunden, daß Schiwick nicht geschossen habe.

Dagegen scheint sich der mitbeteiligte, aber trotzdem vereidigte Nationalsozialist Brieger, der Schwager Fessers, eines Meineids schuldig gemacht zu haben.

Brieger nämlich erklärte unter Eid, er habe keine Schußwaffe bei sich getragen. Der Arbeiter Meyer jedoch hat Brieger zusammen mit dem SA-Mann Laufer während der Vorfälle über einen Zaun kriechen sehen. Brieger blieb dabei am Zaun hängen, wobei ihm, wie der Zeuge Meyer mit aller Bestimmtheit betont, ein Revolver entfiel. Auch die Zeugin Hoffmann hat Brieger mit einem Gegenstand, aller Wahrscheinlichkeit nach einem Revolver, laufen sehen. Mit welcher Leichtfertigkeit von den Nationalsozialisten die Aussagen gegeben werden, geht daraus erschreckend deutlich hervor.

Unsere gestrige Feststellung, daß der Ueberfall auf den Reichsbannerzug von den Nationalsozialisten geplant gewesen ist, findet schließlich auch an diesem Tage ihre Bestätigung. So wird bekannt,

daß die Kanther SA am selben Sonntag bereits umfangreiche Geländespiele veranstaltet

hat. Der Zeuge Meyer bekundet ferner, vor dem Ueberfall auf den Reichsbannerzug in der Nähe seines Grundstücks einen uniformierten Nationalsozialisten auf einer Anhöhe sitzend gesehen zu haben, wobei er Patronenhülsen aus seinem Revolver auswarf, ein erneuter Beweis, daß sich die Nationalsozialisten im Besitz von Waffen befanden.

Der Prozeß, der gestern in den späten Abendstunden unterbrochen wurde, nimmt am heutigen Tage seinen Fortgang. Wir setzen den Bericht in der morgigen Nummer der „SAZ" fort.

E. K.

Widerstand gegen die Staatsgewalt

Zuchthausurteile am laufenden Band

Der Herr Hilfsförster als Staatsgewalt

Zwei Jahre Zuchthaus wegen Widerstandes gegen diese gegen Staatsgewalt

Schweidnitz, 15. September.

Die Große Strafkammer verurteilte den Arbeiter Wilhelm Engel aus Saarau wegen Widerstandes gegen einen Forstbeamten in Tateinheit mit Körperverletzung zu zwei Jahren Zuchthaus. Am 28. Januar d. J. war der Hilfsförster Hoffmann mit dem Feldhüter Jakob in das Revier gegangen, um nach Holzdieben zu fahnden. Sie ertappten auch drei Männer, die aufgefordert wurden, nach Konradswaldau mitzukommen. Im Walde fielen die drei Festgenommenen über den Förster und den Feldhüter her. Im Verlaufe des Kampfes wurden zwei der Festgenommenen in Notwehr erschossen. Der Überlebende, der Arbeiter Engel, hatte sich jetzt vor der Großen Strafkammer zu verantworten. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr drei Monate Zuchthaus beantragt.

Ein Jahr 5 Monate Zuchthaus

Glogau, 15. September.

Vor dem Sondergericht hatten sich der Fleischer Friedrich Haas und der Arbeiter Georg Rothe aus Primkenau zu verantworten, zwei bekannte Raufbolde, die am 29. August in betrunkenem Zustande einen Polizeibeamten angepöbelt hatten. Dieser holte sich einen Polizeihauptwachtmeister zu Hilfe. Haas griff darauf den Polizeibeamten an, der sich mit dem Gummiknüppel wehrte. Als Haas festgenommen werden sollte, sprang Rothe hinzu und befreite ihn. Dabei wurde Rothe selbst festgenommen und zur Wache gebracht. Als Haas wieder festgenommen werden sollte, leistete er erheblichen Widerstand. Das Sondergericht verurteilte Haas wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und tätlichen Angriffs gegen Polizeibeamte zu einem Jahr fünf Monaten Zuchthaus und Rothe wegen derselben Delikte zu einem Jahr zwei Wochen Zuchthaus.

Die SAP ruft zum Kampf

Massenversammlung im Breslauer Bergkkeller

Lange vor Beginn der Versammlung ist jeder Platz besetzt, viele begeben sich auf die Jagd nach Stühlen, mancher muß trotzdem mit einem Stehplatz vorlieb nehmen. Genosse Eckstein eröffnet mit Begrüßungsworten für den Genossen Gorisch der von Nazis schwer verwundet worden war und zum ersten Male wieder an einer Versammlung teilnehmen kann. Die Versammlung unterstreicht mit demonstrativem Beifall das Gelöbnis, nun erst recht den Kampf mit aller Hingabe und Aktivität weiterzuführen. Dann begrüßt Genosse Eckstein den Redner des Abends, Paul Frölich, als alten Kämpen des Spartacusbundes: „Wir sind stolz darauf, ihn als Führer der SAP in unsern Reihen zu haben." Erneuter Beifall der Versammlung begrüßt den Genossen Frölich.

Dann beginnt das Referat. In eindringlichen, anschaulichen Worten, oft durch eine ironische Bemerkung verdeutlicht, zeigt der Redner die Zusammenhänge der letzten Ereignisse, ihre Ursachen und die Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse. Mit angespanntester Aufmerksamkeit folgt die tausendköpfige Versammlung dem Referat. Als Genosse Frölich auch an der Politik der KPD Kritik übt, wollen ein paar Kommunisten protestieren, aber sie müssen rasch vor den überzeugenden Argumenten des Redners verstummen. Stürmischer Beifall folgt dem Referat, dessen politische Grundgedanken unsere Leser im Leitartikel der heutigen Nummer finden.

Genosse Eckstein erinnert in seinem Dank an den Redner daran, daß Paul Frölich ein Kampfgenosse Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs war; Eckstein sagt nicht zuviel, wenn er erklärt, Geist vom Geiste dieser Vorkämpfer habe die Versammlung angeweht. Er bittet die Diskussionsredner, im gleichen Geiste und auf dem gleichen Niveau zu sprechen.

Dem Redner der KPD, dem Genossen Beyer, ist das offenbar unmöglich. Er spricht ebenso laut und selbstbewußt wie oberflächlich und irrig. Er will die Aktionsfähigkeit der KPD beweisen, und nennt kleine Streikaktionen in ein paar kleinen Orten, wobei er sich noch aus der Versammlung heraus belehren lassen muß, daß die KPD selbst bei diesen Teilkämpfen nicht die Führung hat. Durch einen Hinweis auf die Meinungsverschiedenheiten mit dem Genossen Ziegler glaubt er, vom beginnenden Verfall der SAP sprechen zu können. Stürmisches Gelächter der Versammlung gibt ihm die richtige Antwort. Als zweiter Diskussionsredner spricht kurz ein Genosse von der Kommunistischen Arbeiter-Union. Er erkennt den ehrlichen Willen und die guten Grundsätze der SAP an, glaubt aber, daß das Proletariat nur siegen könne, wenn es ohne Parteien und ohne Führer kämpfe.

Das Schlußwort des Genossen Frölich führt die Versammlung zu einem neuen Höhepunkt. Er sagt den Kommunisten: Erste Voraussetzung revolutionärer Politik ist, die Tatsachen zu sehen und anzuerkennen, den ganzen Ernst der Situation zu begreifen, auch unangenehme Wahrheiten auszusprechen. Ein Optimismus, wie ihn der kommunistische Diskussionsredner, entgegen allen Tatsachen, an den Tag legte, ist geradezu ruchlos. Die Einheitsfrontpolitik der KPD ist voller Widersprüche, Torheiten und Unehrlichkeiten. Die Ausführungen Frölichs gegenüber den beiden Diskussionsrednern werden zu einer eindrucksvollen Lektion in Marxismus und Leninismus, wobei der Redner aus der Fülle seiner Kenntnisse und Erfahrungen schöpfen kann. Zum Fall des Genossen Ziegler geißelt er das Verhalten der beiden KPD-Delegierten auf dem Metallarbeiterverbandstag; die kommunistische Presse hat dazu kein Wort der Kritik gefunden! Wir aber setzen uns vor der proletarischen Oeffentlichkeit mit dem Genossen Ziegler sachlich im Interesse der Arbeiterklasse auseinander. Wir handeln dabei nach der Taktik Lenins, der jederzeit mit irrenden Genossen scharf abgerechnet hat, ihnen aber auch die Möglichkeit offen ließ, ihre Fehler zu erkennen und durch gesteigerte Leistungen für das Proletariat wett zu machen.

Genosse Frölich schließt mit einem Bekenntnis zu den Aufgaben der Sozialistischen Arbeiterpartei, deren Wirken nicht vergeblich ist, sondern seine Früchte tragen wird im revolutionären Sieg der Arbeiterklasse. Genosse Eckstein faßt diesen Gedanken zusammen in dem Ruf „Die Sozialistische Arbeiterpartei als das Werkzeug der Revolution, sie lebe hoch!" Die Versammlung erhebt sich, tausend emporgereckte Hände nehmen das Gelöbnis auf und versprechen, den Kampf weiterzuführen.

Unfall oder Verbrechen?

Der Bergmann Paul S. aus Nieder-Hermsdorf wurde im Straßengraben beim Posthaus am Alten Berge in Nieder-Hermsdorf mit einem Schädelbruch bewußtlos aufgefunden. Der Bergmann wurde ins Knappschaftslazarett übergeführt.

Wegen „politischer Schlägerei" verhaftet

In Ludwigsdorf wurden die Arbeiter Alfred und Paul Sender von Landjägereibeamten festgenommen und in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert. Die Verhafteten sollen sich an einer politischen Schlägerei beteiligt haben.

*

„Sollen sich" — da sind wir ja durchaus beruhigt, denn die „Staatsraison" ist wieder einmal gerettet.

Merkwürdige Methoden

der Verwaltung des Konsumvereins „Vorwärts" und des „Treuhändlers" Vogt

Endlich hat sich die Verwaltung des Konsum-Vereins „Vorwärts" und der von ihr eingesetzte vorläufige Treuhändler Vogt bereit gefunden, eine Gläubigerversammlung einzuberufen. Es scheint, der Lebenslage der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder und des Treuhändlers zu entsprechen, daß diese Versammlung in den Räumen des Hotels „Vier Jahreszeiten" stattfindet. Man hat es aus diesen und vielleicht auch aus anderen Gründen auch nicht für notwendig gefunden, die Proleten, die von der Pleite des Konsum-Vereins mitbetroffen sind, die Spargläubiger, zu dieser Versammlung mitzuladen. Sie soll also möglichst unter Ausschluß der proletarischen Oeffentlichkeit stattfinden. Nichtsdestoweniger beabsichtigt man, durch diese unvollständige Gläubigerversammlung bereits endgültig die Person des Treuhändlers und der Mitglieder des Gläubigerausschusses vorschlagen zu lassen. Wahrscheinlich glaubt man, dem Vertrauensmann der Großgläubiger, Vogt, die Stellung nicht halten zu können.

Man beruft diese Versammlung übrigens ein, ohne es bisher für notwendig gehalten zu haben, einen Bericht über den Stand des Unternehmens zu geben. Man scheut sich offenbar, zifferngemäß zu den Vorwürfen, die mit Recht gegen die Verwaltung erhoben worden sind, Stellung zu nehmen.

Diese Art des Vorgehens der Verwaltung veranlaßt uns jedoch, die Interessen der Spargläubiger und damit die wirklichen Interessen des Arbeiterunternehmens um so entschiedener zu vertreten.

Wo bleibt das Standgericht gegen die Nazis?

In der „SAZ" vom 13. August berichteten wir über den Ueberfall auf den Klassengenossen Obst in Zimpel in der Nacht vom 11. zum 12. August. Zwei der Täter, und zwar die SA-Strolche Glatzel vom Reiherweg 53 und Scholz von der Friedrich-Ebert-Str. 93 konnten noch mit dem Gummiknüppel in der Hand von einem Polizisten und einem Parteigenossen von uns gestellt werden. Einer der beiden war schon vorsorglich mit einem Verbandspäckchen ausgerüstet, ein Beweis dafür, daß es sich um einen vorbereiteten Ueberfall handelt, wofür auch noch andere Beobachtungen sprechen. Ein reichlicher Monat ist seitdem vergangen, aber noch immer sind diese beiden Nazis nicht vor das Sondergericht gestellt worden.

Wir fragen die Staatsanwaltschaft in aller Oeffentlichkeit an, wenn endlich diese beiden Braunjacken abgeurteilt werden oder ob man sie laufen lassen will?

Selbstmordversuch aus Furcht vor Strafe

Primkenau, 15. September.

Ein hiesiger Einwohner, der verhaftet werden sollte, schoß sich eine Kugel in den Kopf. Der Mann wurde schwer verletzt ins Glogauer Krankenhaus geschafft.

*

Warum er verhaftet werden sollte, wird nicht angegeben. Das könnte ja eventuell — falls es sich um eine Lappalie handelt, wie man aufgebauscht hat — zur Beunruhigung der bürgerlichen Oeffentlichkeit beitragen.

Drei neue Todesopfer der „Notschächte"

Kattowitz, 15. September.

In den Notschächten in der Umgebung von Kattowitz ereigneten sich drei neue Todesfälle. Der Arbeitslose Szczygiel wurde verschüttet. Der 72jährige Franz Czomperlik glitt, als er mit dem Abtransport von Kohlen beschäftigt war, auf der Straße aus. Er schlug mit dem Kopf so heftig auf, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der dritte Todesfall ereignete sich in einer Notschachtanlage in der Nähe der Giesche-Grube in Schoppinitz. Hier stürzte der 45jährige Thomas Kulawiak in einen Schacht von etwa 100 Meter Tiefe und erlitt einen Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Zwei Breslauer Schulen geschlossen

Breslau, 16. September.

Wie wir vor einigen Tagen berichteten, hat auch in Breslau die spinale Kinderlähmung um sich gegriffen. War damals die Krankheit in Breslau noch ohne Besorgnis anzusehen, haben sich jedoch in den letzten Tagen die Krankheitsfälle vermehrt, so daß schon zu außerordentlichen Maßnahmen gegriffen werden mußte. Am Mittwoch mußte die Volksschule auf der Sadowastraße ihren Schulbetrieb einstellen, und zwar auf Anordnung der Gesundheitsbehörde, die ein Uebergreifen der gefährlichen Krankheit auf die Schulkinder befürchtete. Die Schulschließung ist zunächst auf 14 Tage vorgesehen, da dann die Herbstferien beginnen. Der Schulunterricht dürfte also in dieser Volksschule erst wieder am 11. Oktober beginnen. Vor einigen Tagen mußte schon eine Klasse der Schule auf der Fürstenstraße geschlossen werden.

„Hunger haben Sie gehabt?“

Neulich fanden wir in der „Vossischen Zeitung“ eine Gerichtsreportage unter dem Titel „Razzia auf Bettelleute“. Die „Vossische Zeitung“ ist ein typisch bürgerliches Blatt. Um so gewichtiere Bedeutung muß man, weil es sich um ein Dokument aus dem bürgerlichen Lager handelt, dieser allen erwähnten sozialen Betrachtung beimessen, die Kritik an den Paragraphen des Strafgesetzbuches, die die Bettelei ahnden tut. Uns fiel beim Lesen dieser Reportage eine Stelle aus dem Roman von Ernst Ottwalt „Denn sie wissen, was sie tun“ ein. Wir stellen die entsprechenden zwei Absätze der Gerichtsschilderung aus der „Vossischen Zeitung“ gegenüber und lassen beide kommentarlos für sich und dennoch miteinander sprechen. Die Stelle aus dem Ottwaltschen Roman bildet die Einleitung.

I

„Hunger haben Sie gehabt?“ fragt Landgerichtsrat Dickmann den Angeklagten. „Bekommen Sie denn keine Arbeitslosenunterstützung?“

Der Angeklagte schüttelt den Kopf, und das überrascht den Richter gar nicht. Denn er weiß, daß die Notverordnung viele Arbeitslose um ihre Unterstützung gebracht hat.

Darum fragt er ruhig weiter: „Wohlfahrtsunterstützung?“

Der Angeklagte schüttelt den Kopf: „Meine Ansprüche werden gerade geprüft.“

Davon kann man allerdings nicht satt werden, denkt Dickmann und weiß jetzt, daß der Arbeitslose hungrig war, als er die Wurst an sich nahm.

Bitte, das steht fest: der Angeklagte ist im Besitze einer Wurst betroffen worden, unmittelbar, nachdem mehrere junge Burschen die Schaufensterscheibe eines Lebensmittelgeschäfts eingeschlagen hatten. Die Wurst hat im Rinnstein gelegen, als der Angeklagte sie aufhob? Dickmann lächelt nachsichtig: Faule Ausrede.

Das Schöffengericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dickmann verurteilt den arbeitslosen Motorenschlosser Ernst May zu sieben Monaten Gefängnis wegen Landfriedensbruchs.

Sieben Monate Gefängnis, weil ein Mensch Hunger gehabt hat? Sieben Monate Gefängnis wegen einer Wurst? Nein, nicht wegen einer Wurst, sondern wegen Landfriedensbruchs, das ist ein Unterschied . . .

II.

„Ganz abgesehen davon hat der Landgerichtsrat auch in seinem Privatleben noch niemals Veranlassung gehabt, sich über die biologische Erscheinung des Hungers besondere Gedanken zu machen. Er kennt ihn nur als Synonym*) für Appetit. Daran kann der Fall des arbeitslosen Motorenschlossers ebensowenig etwas ändern wie der Ueberfall auf den Geldbriefträger, der Gott sei Dank noch glimpflich abgegangen ist: der Geldbriefträger hat nur eine leichte Kopfverletzung davongetragen, die ihn nicht hindern konnte, nach dem kleinen Zwischenfall seine Bestellung fortzusetzen. Die Leidtragenden dieses plumpen Raubüberfalls sind die verletzte Staatsautorität und der arbeitslose Gelegenheitsarbeiter Hermann Schneider. Der Postfiskus ist nicht geschädigt worden . . .

„Was hatten Sie denn am Tag vor dem Ueberfall gegessen?“ fragt Landgerichtsrat Dickmann den Angeklagten.

„Nichts, Herr Vorsitzender.“

„Und am Tage vorher?“

„Eine trockene Schrippe.“

Also Hunger. Wieder einmal der Hunger, der einen Menschen straffällig werden ließ. Das entschuldigt natürlich nichts: „Aber wenn man Hunger hat, schlägt man doch nicht einen Geldbriefträger nieder!“ entrüstet sich Dickmann.

Der arbeitslose Gelegenheitsarbeiter Hermann Schneider kann darauf nichts antworten. Der Vorwurf des Richters ist unbedingt berechtigt. Wenn man Hunger hat, ißt man. Und wenn man nichts zu essen hat?

„Wenn Sie Hunger hatten, warum haben Sie dann nicht gebettelt?“

Der Angeklagte erhebt erstaunt den Kopf: „Ich bin schon einmal wegen Bettelns zu vier Wochen Haft verurteilt.“

Dickmann runzelt unwillig die Augenbrauen. Er hat im Augenblick nicht daran gedacht, daß

man nicht betteln darf.“

Und jetzt gegenüber und an die Seite gestellt die Skizze aus der bürgerlichen Zeitung:

„Betteln ist verboten, Paragraph 36 I Ziff. 4 Strafgesetzbuches. Es ist nicht verboten, in Not zu geraten und nicht zu wissen, wovon man sein bißchen Leben fristen soll. Es ist auch nicht verboten, zu hungern, zu verhungern oder vorher den Gashahn aufzudrehen. Verboten, glattweg verboten und strafbar ist nur das Betteln.

Trotzdem wird gebettelt. Es wird gebettelt geradezu, indem der arme Mann oder die arme Frau Leute auf der Straße anspricht und um eine milde Gabe bittet, oder in verschleierter Weise als Handel mit Streichhölzern, Schnürsenkeln und Heftpflaster. Geschieht es auf Grund eines Kleinhandels-Erlaubnisscheines, so ist es keine verschleierte Bettelei, sondern Kleinhandel. Aber wer bekommt schon diesen Schein?

Der traurige Zustand herrscht auf unseren Straßen seit Jahr und Tag — bis Freitag vormittag. Freitag vormittag um elf Uhr ist auf Berliner Bettler, auf echte und verschleierte, eine Polizeirazzia abgehalten worden. Mit dem Ergebnis, daß gestern dem Schnelligericht in der Dircksenstraße 163 Festgenommene zur Abuteilung vorgeführt werden mußten.

Junge Frauen, alte Frauen, alte Männer, junge Männer. Meistens Arbeiter. Aber auch ein Drogist, ein Klavierbauer. Nicht nur aus Berlin; aus allen Himmelsgegenden des Reiches, auch aus Oesterreich. „Geben Sie zu, gebettelt zu haben?“ Meist geben sie es einfach zu. Der Amtsanwalt beantragt, der Richter verkündet:

„Wegen Bettelns einen Tag Haft,
verhängt durch die Polizeihaft.“

Zwei, drei Minuten für jeden Fall, die persönlichen Umstände aufzuklären bleibt keine Zeit. Ist ja auch nicht notwendig. Die Verurteilten sind froh, daß sie gleich entlassen werden sollen. Einer ruft, bevor er abgeführt wird:

„Und wie ist das mit dem Essen? Ich habe einen Mordshunger. Wir sitzen seit gestern vormittag und haben nichts zu essen bekommen. Razzia und Massenfestnahme — hat das Polizeipräsidium nicht genügend Vorsorge getroffen, daß Verpflegung bereitgestellt wird?“

„Ist ja jetzt auch erledigt“, meint der Richter, „Sie kommen jetzt nach Hause.“ Hoffentlich finden die Bettler, die nicht betteln dürfen, zu Hause ihr Essen . .

Ein weißhaariger Alter: „Wenn ich nicht betteln soll, muß mir die Wohlfahrt mehr geben. Ich bin 70 Jahre alt.“ Der Richter rät, er möge eine Eingabe an die Wohlfahrt machen. „Ach was, Eingabe! Habe schon fünf Eingaben gemacht. Bekomme nicht mal Antwort.“ Ein anderer: „Was soll ich denn anfangen? Ich muß doch betteln. Wenn ich hier rauskomme, muß ich gleich wieder betteln. Das hat doch gar keinen Sinn, mich zu bestrafen.“ Der Richter: „Ich kann das Gesetz nicht ändern. Ich habe es nur anzuwenden.“ Ohne Zweifel macht es ihm keinen Spaß, das Gesetz so anzuwenden.

Wer zugibt, ist fein heraus. Wehe dem Dickkopf oder dem Toren, der leugnet.

Richter (streng): „Wollen Sie nicht lieber zugeben?“

Angeklagter: „Gut, ich gebe zu.“

Richter (erschrocken): „Sie dürfen nicht zugeben, wenn Sie nicht gebettelt haben. Sie müssen bei der Wahrheit bleiben.“

Angeklagter: „Ich habe nicht gebettelt.“

Richter (wieder streng): „Hoffentlich machen Sie da keine Dummheiten. Sie könnten sich große Unannehmlichkeiten zuziehen.“

Angeklagter: „Dann will ich doch lieber zugeben.“

Richter (verliert die Fassung): „Das gibt's nicht. Ich habe nicht die Absicht, Sie einzuschüchtern. Wenn Sie nicht gebettelt haben, dann bleiben Sie dabei.“

Angeklagter: „Werde ich keine Unannehmlichkeiten davon haben?“

Richter (schreit): „Weiß ich nicht!“

Angeklagter (kleinlaut): „Ich habe nicht gebettelt.“

Richter: „Abführen!“ — Da hat er schon die Unannehmlichkeiten.

Die mechanische Abwicklung von Anklage, Strafantrag und Urteil scheint dem Richter nicht zu gefallen. Er fühlt sich zu einer kleinen Belehrung gedrängt. Irgendeinem der Bettler, der gerade freigelassen werden soll, ruft er nach: „Ich kann Ihnen nur den guten Rat geben: Lassen Sie sich hier nicht wieder sehen.“

Es ist ein ungewöhnlich guter Rat. Leider vergißt er hinzuzufügen, wie der Bettler vermeiden kann, hier wieder gesehen zu werden, wenn er doch nun einmal nichts zu essen hat und zugleich das Betteln verboten ist. Vielleicht weiß es der Richter selber nicht.“

*) Synonym = gleichbedeutend.

Verwahrloste Kinder in USA

Hunger ist stärker als die Heiligkeit des Familienlebens. Die proletarische Diktatur liquidiert die Verwahrlosung, die Diktatur der Bourgeoisie schafft Verwahrloste.

„In den Vereinigten Staaten Nordamerikas gibt es mindestens 200 000 vagabundierende Knaben von etwa 16 Jahren, die kein Heim haben und die als wirkliche Landplage von Nord nach Süd und Ost nach West streichen. Diese halben Kinder sind Opfer der wirtschaftlichen Krise, die sich mit jedem Monat schwerer bemerkbar machen.

Dr. A. Wayne, Professor an der Universität Chicago, ist von der Bundesregierung beauftragt worden, Mittel ausfindig zu machen, um dem Anwachsen dieser Horden Einhalt zu tun.“

So lautet eine Meldung der bürgerlichen Presse.

Es ist noch gar nicht viel Zeit vergangen, seit bis in die sozialdemokratische Presse hinein eine Schreckensnachricht über das Kinderelend in der Sowjetunion die andere zu überbieten versuchte. Noch sind die schmählichen Artikel eines Stößinger in aller Gedächtnis.

Jahre hindurch ist USA-Amerika nicht nur das gelobte Land der Bourgeoisie gewesen, sondern auch in allen Tönen von den deutschen Reformisten gepriesen worden. Dort — so wurde behauptet — werde die Arbeiterschaft auf dem Wege einer ewigen Konjunktur zu Wohlstand und gutem Leben geführt. Und nun kommen derartige Nachrichten über den Ozean. Um wieviel größer mag in Wirklichkeit die Zahl der verwahrlost im Lande herumvagabundierenden Kinder sein, wenn die Bundesregierung sogar sich gezwungen sieht, Maßnahmen zu ergreifen. Die Aussagen des Güterdirektors der Südpazifikbahn, E. D. Rockwell, deuten auf viel höhere als bisher zugegebene Zahlen hin. Er erklärte nämlich aus seinen Berufserfahrungen heraus, daß wenigstens in jedem Monat 7000 Jungens als blinde Passagiere auf den Güterzügen fahren. Ja, im letzten Monat hat sich diese Zahl auf 10 000 erhöht. Wenn die Güterwagen Eßwaren enthalten, dann plündern die unerfahrenen Kinder. Bisher war es auf den amerikanischen Bahnen üblich, daß blinde Passagiere, wenn sie während der Fahrt entdeckt wurden, sofort aus dem Zuge flogen. Da aber die Eisenbahngesellschaften neuerdings für den Schaden verantwortlich gemacht werden können, den die Hinausgeworfenen erleiden, ist Menschlichkeit ausgebrochen. Die Bahnbeamten bemühen sich auf den Stationen, die Verwahrlosten am Besteigen der Züge zu verhindern, dabei entspinnen sich meistens regelrechte Schlachten, die häufig zu Gunsten der Kinder enden sollen. Trotzdem sind durch diese Maßnahmen viele Kinder dazu gezwungen worden, auf die fahrenden Züge außerhalb der Stationen aufzuspringen. Dabei sind allein in einem Jahre 50 Kinder getötet und 100 verstümmelt worden.

In New Orleans haben sich bis jetzt 80 000 vagabundierende Jungens angesammelt, in El Paso in Texas sind im Verlauf von sechs Monaten 45 150 durchreisende jugendliche Verwahrloste gezählt worden. Das sind fast doppelt so viel, als die Einwohnerzahl dieser Stadt beträgt. Durch Kansas City kommen durchschnittlich am Tage über 1500 vagabundierende Kinder.

Nicht Abenteuerlust, sondern Hunger und Not haben diese nach Tausenden zählenden jugendlichen auf die Straßen getrieben. Ihre Eltern können ihnen weder Brot noch Arbeit bieten, so müssen sie versuchen, sich selbst durchzuschlagen. Die Lebensbedingungen der Wandernden sind denkbar schlecht. Sie nähren sich von den Abfällen, die sie zu erbetteln imstande sind. Die Gefahren für Gesundheit und Leben sind groß, und dennoch ziehen es diese Kinder vor, so zu leben, als untätig und wehrlos mit ihren Eltern zu verhungern.

Krieg, Interventionen und Bürgerkrieg waren es, die die vielbesprochenen Verwahrlosten in der Sowjetunion auf die Straße getrieben hatten. Mit der Liquidierung des Bürgerkrieges, mit der Beseitigung der Interventionsarmee, mit dem Beginn des Aufbaus einer sozialistischen Produktion wurden auf der Grundlage solidarischer Hilfe die verwahrlosten jugendlichen wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert und zu gesunden, vollwertigen Mitgliedern der proletarischen Gesellschaft gemacht. Die Lösung des Verwahrlosten-Problems in der Sowjetunion konnte von der Produktion aus, von der Arbeitsbeschaffung her, in Angriff genommen werden. Diese Möglichkeit besteht für die Amerikaner nicht. Solange die Wirtschaftskrise tobt, ist es unmöglich, durch Arbeitsbeschaffung die amerikanischen, jugendlichen Verwahrlosten wieder in den Produktionsprozeß und damit in halbwegs geordnete Verhältnisse einzugliedern. Auch bei einer zeitweisen Milderung der Krise dürfte es kaum möglich sein, für so viele jugendliche neben den Millionen erwachsener Erwerbsloser geeignete Arbeitsstellen zu finden.

Nicht Regierungskommissionen werden das Verwahrlostenelend in Amerika und anderswo beseitigen können, sondern einzig und allein die grundlegende Umwälzung der bestehenden „Ordnung“ durch die proletarische Revolution. Im klassischen Land des Kapitalismus ist für Tausende und Abertausende junger Menschen kein Brot da, obwohl die Getreidespeicher brechend voll sind, Tausende und Abertausende gehen in Lumpen, während die Lager der Warenhäuser die Kleider nicht zu fassen vermögen. Das kapitalistische System kann seine Sklaven nicht mehr ernähren. Es ist reif zum Untergang, es wird untergehen.

Rechtfertigung der Gottlosigkeit bei den Aermsten der Armen

**Als sie aus ihren elenden Quartieren kamen,
Um sich zum Demonstrationszug zu stellen,
Waren sie schon sehr abgerissen an Leib und Seele
Und ihre Mienen wurden den Satten zum Schrecken,
Weil es für sie kaum genug trockenen Brotes gab
Und dazu Wasser zu trinken, das übel roch;
Sondern es blieb ihnen nur Regen und Wind
Und höchstens der Blick in die Sterne noch.**

**Darum man es ihnen nicht anrechnen soll,
Daß sie Gott abschworen in ihrer Mühsal,
Da dieser eingemauert war in uralten Domen,
In mächtigen Münstern und Kathedralen,
Wo er sich weit entfernt hatte von seiner Heilslehre
Und von seiner vielgerühmten gnadenreichen Geduld,
So daß er ganz selten die Aermsten der Armen beehrt
Mit seiner seligmachenden göttlichen Huld.**

**Indem nämlich jene ihn für sich in Anspruch nahmen,
Die mit der Religion einen schwunghaften Handel trieben,
Der aber nichts abwarf für die arbeitslosen Arbeiter,
Die mit eigenen Mitteln den Generalstreik organisierten,
Der freilich niedergeschlagen wurde nach Hungerwochen,
Dem zum Trotz jedoch die Proletarier ob gut, ob schlecht,
Sich immer wieder unter derselben Fahne erheben werden,
Um für die Freiheit zu kämpfen, für Brot und für Recht!**

Kleines Kabarett

Wo werde ich denn

Veitel kommt den Kurfürstendamm herunter. An der Gedächtniskirche bauen sich zwei zackige SS-Männer in ihrer stolzen Uniform vor ihm auf, spuken große Bogen und brüllen Veitel an:

„Juda verrecke!“

„Wo werde ich denn verrecken, Jungens“, sagt Veitel, „wo ich soviel an eure schöne Uniformen verdient habe, daß ich hundert Jahr in Wohlstand leben kann.“

Verbote

Gestern wurden fünf Tageszeitungen wegen böswilliger Verächtlichmachung der Justiz auf die Dauer eines Jahres verboten. Die Verächtlichmachung wurde darin erblickt, daß die Zeitungen von dem Vorhandensein unserer Gerichte überhaupt keine Notiz mehr nahmen. (Ente.)

Autarkie

Bekanntmachung betr. Bedeckung weiblicher Rinder. In letzter Zeit mußte wiederholt festgestellt werden, daß Viehbesitzer zuchtfähige weibliche Rinder zur Bedeckung nach auswärts führten, obwohl die Gemeinde über einen anerkannten guten männlichen Bullen verfügt. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft. Der Gemeindevorsteher.

Da stimmt was nicht

In der Lehrerkonferenz ward beschlossen, daß bei einem mehrtägigen Schulausflug der 12—14 jährigen Mädchen außer dem Klassenführer, der den Ausflug führt, unbedingt auch eine Lehrerin mitgehen muß.

Die Lehrerin-Schriftführerin schrieb also ins Protokollbuch: „Bei Uebernachtungen der 12—14 jährigen Mädchen ist es Pflicht, daß die männliche Lehrperson nicht allein mit den Schülerinnen schläft, sondern unbedingt auch eine weibliche Lehrperson dabei hat.“ (AIZ.)

Insterburger Neueste Nachrichten

Zwei Juden treffen einander:

„Woher kommst du?“

„Aus Insterburg.“

„Aus Insterburg? Was gibt es Neues in Insterburg?“

„Was soll es Neues geben in Insterburg? Gar nichts.“

„Was heißt — gar nichts Neues in Insterburg? In einer so großen Stadt gar nichts Neues?“

„Weiß ich? — Ein Hund hat gebellt.“

„Ein Hund hat gebellt? Was heißt, ein Hund hat gebellt in Insterburg?“

„Weiß ich? Menschen sind zusammengelaufen, hat ein Hund gebellt.“

„Was? Wie? Menschen sind zusammengelaufen? Ein Hund hat gebellt in Insterburg? Hm . . . hm . . . was?“

„Weiß ich was? Deinen Bruder haben sie eingesperrt! Da sind Menschen zusammengelaufen, da hat ein Hund gebellt.“

„Mein Bruder eingesperrt? Menschen sind zusammengelaufen? Ein Hund hat gebellt in Insterburg? Was heißt das? Warum hat man meinen Bruder eingesperrt?“

„Warum man ihn eingesperrt hat? Er hat Wechsel gefälscht, hat man ihn eingesperrt.“

„Mein Bruder hat Wechsel gefälscht?! Das ist doch nichts Neues!“

„Nun ja, ich hab dir doch gleich gesagt — es gibt nichts Neues in Insterburg.“

Von den Tätern keine Spur

Der Ueberfall vor dem Charlottenburger Rathaus

Die Banditen, die gestern morgen vor dem Charlottenburger Rathaus den Geldtransport der BVG überfielen und mit 33 100 Mark Lohngeldern entkommen konnten, sind bisher trotz schnellster und eifrigster Nachforschungen der Berliner Kriminalpolizei nicht entdeckt worden.

Im wesentlichen dürfte es daran liegen, daß die Angaben der Augenzeugen des Feuerüberfalles und auch die drei überfallenen Kassenbeamten stark widersprechende Angaben machen. Das läßt sich nur dadurch erklären, daß die Banditen blitzschnell arbeiteten und durch ihre Schüsse eine derartige Verwirrung hervorriefen, daß klare Beobachtungen nicht gemacht werden konnten. So schwanken zum Beispiel die Angaben darüber, ob vier oder sechs Täter den Raubüberfall verübten. Nur in einem Punkte stimmen alle Aussagen überein: Die Verbrecher sollen junge Leute zwischen 20 und 25 Jahren sein und einer von ihnen trug einen auffallend hellen Hut mit schwarzem Band.

Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß die Räuber, die ja ganz bestimmt, wie schon betont, den Überfall nach wochenlangen Vorbereitungen und Beobachtungen ausgeführt haben, noch Helfershelfer gehabt haben müssen, die in der Nähe des Rathauses in einem zweiten Auto auf das Gelingen des Banditenstreiches warteten. Inzwischen ist nämlich festgestellt worden, daß das Räuberauto auf seiner Flucht vor dem verfolgenden Polizeiwagen dadurch geschützt wurde, daß ein anderer Privatwagen bei der Verfolgung hinter ihm herfuhr und die Straße so geschickt blockierte, daß dem Polizeiauto — einer Kraftdroschke, die von einem geistesgegenwärtigen Schutzpolizeibeamten sofort zur Verfolgung genommen wurde — eine schnellere Verfolgung nicht möglich war.

Man nimmt an, daß dieses zweite Auto den Räubern bis in den Wald bei Moorlake gefolgt ist, daß die Banditen dort die Geldkassette umgeladen und mit dem „Reservewagen" dann weiter geflüchtet sind. Diese Kombination wird noch dadurch besonders gestützt, daß man die schwere eiserne Kassette, obgleich man den Wald sogleich abgesucht hatte, nirgends finden konnte. Über den zweiten Wagen liegen nur so unsichere Aussagen vor, daß eine Beschreibung bisher nicht möglich ist.

Erdbeben auf Neuseeland

Wellington (Neuseeland), 16. September.

Heute früh um 1.30 Uhr ereignete sich im Gebiet von Wairoa und Gisborne an der Hawkes-Bay ein schweres Erdbeben. Die Erschütterungen wurden im größten Teil der Nordinsel verspürt. Die Verbindung mit Gisborne ist unterbrochen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind bei dem Erdbeben eine Anzahl Häuser beschädigt worden.

14 000 Häuser unter Wasser

Tokio, 14. September.

Auf der Insel Hokkaido sind infolge andauernden Regens alle Flüsse aus ihren Ufern getreten. Nach amtlichen Angaben ist mehr als ein Drittel des gesamten bebauten Bodens überschwemmt. Ueber 14 000 Häuser stehen unter Wasser. Es werden auch Todesopfer gemeldet.

Der Kriegsminister kondoliert

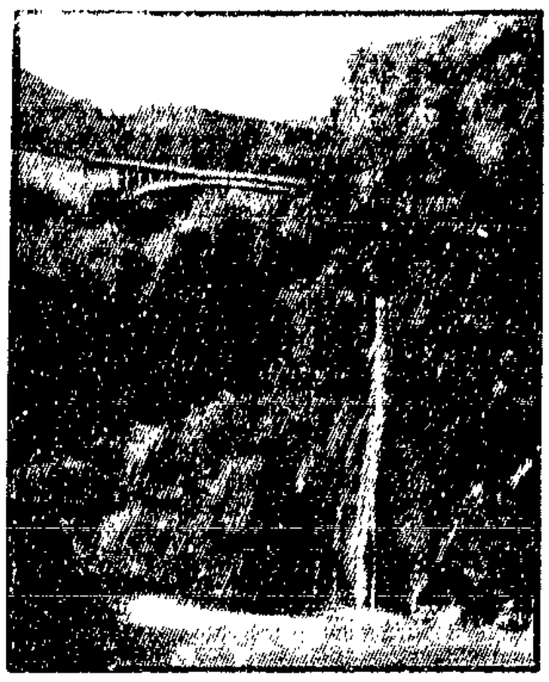
Die Zahl der Toten geringer als bisher gemeldet — 55 Todesopfer, 283 Verwundete

Das BT meldet aus Paris unter dem 15. September:

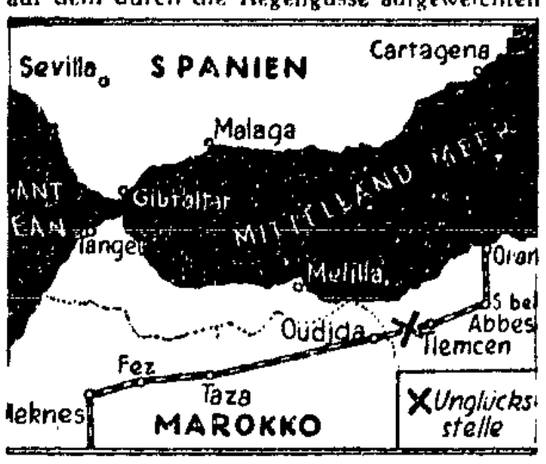
Im Kriegsministerium wird erklärt, daß bei der Eisenbahnkatastrophe in Algier die Zahl der Toten geringer ist, als heute morgen gemeldet wurde. Bis jetzt sind 55 Tote aufgefunden, aber 283 Verwundete.

Die beiden Offiziere, die sich im Zuge befanden, sind nicht tot, aber schwer verwundet. Der Kriegsminister Paul Boncour hat im Auftrage des Präsidenten der Republik den Familien der Hinterbliebenen kondoliert. Paul Boncour und der Präsident des Pariser Stadtrats haben an den Generalgouverneur von Algerien, Carde, und an den Generalinspekteur der Fremdenlegion, General Rollet, Kondolenztelegramme gesandt. In der Direktion der Eisenbahngesellschaft Paris—Lyon—Mittelmeer, die auch die Eisenbahnlinie von Oran nach Udschda verwaltet, fehlen noch genauere Nachrichten. Der Oberingenieur glaubt nicht an eine Unvorsichtigkeit der Beamten. Auf der Linie verkehren täglich drei Züge mit Reisenden und zwei Lastzüge. Bisher ist niemals über eine Beschädigung der Gleise oder über eine gefährliche Stelle der Bahnführung geklagt worden. Bis ein genauer Bericht der mit der Untersuchung beschäftigten Ingenieure vorliegt, kann nur angenommen werden, daß das Gleis auf dem durch die Regengüsse aufgeweichten Boden sich gesenkt hat oder daß ein Erdrutsch erfolgt ist.

Ein Idyll aus dem Leben der Militär-Sklaven des Kolonialimperialismus. — Fremdenlegionäre beim Abkochen.



In einer solchen Schlucht mag sich jenes Eisenbahnunglück ereignet haben, dem schuldlos viele Proletarier im Waffenrock zum Opfer gefallen sind.



Der Ort des Eisenbahnunglücks in Algier.

„Der Herr Kriegsminister hat den Hinterbliebenen kondoliert!" Eine schöne Geste fürwahr — sie wird aber kaum den Schmerz und die Verzweiflung der Angehörigen der Verunglückten lindern helfen.

Zu einem hohen Prozentsatz haben nur Not und Elend die Toten und Verwundeten dazu getrieben, sich als Söldlinge dem französischen Imperialismus zu verkaufen, um in einem mörderischen Klima die Profite und die Interessen der französischen Bourgeoisie zu verteidigen.

Anstatt zu kondolieren, wäre es angebrachter gewesen, sich etwas um die Not der Familien der Verunglückten zu kümmern.

Hundert Jahre früheres Alexandra-Theater in Leningrad

Leningrad, 15. September.

Zur Feier des hundertjährigen Bestehens des früheren Alexandra-Theaters wurde hier eine Festversammlung abgehalten, bei der der Leiter des Vollzugsausschusses des Westgebietes, Kadaczki, in einer Ansprache u. a. versicherte, die Sowjetregierung werde für ein den Interessen des Volkes dienendes Theater alles tun, um seinen Bestand zu sichern und seine Entwicklung zu fördern. Der Volkskommissar für das Bildungswesen, Bubnoff, würdigte in einer Rede die zu einem hohen künstlerischen Niveau gelangte Entwicklung des Alexandra-Theaters in der Zeit nach der Revolution und forderte das Theater-Personal und die Zuhörer auf, sich dieses Kulturerbe zu eigen zu machen und es im Sinne sozialistischer Kunst umzugestalten.

Zur Hundertjahrfeier sind Glückwunschtelegramme von allen Sowjettheatern sowie von einer großen Zahl ausländischer Theater eingelaufen. Auch Bernard Shaw und Romain Rolland übermittelten Begrüßungstelegramme. Die sowjet-russische Akademie der Wissenschaften drückt in seinem Begrüßungsschreiben die Zuversicht aus, daß das Theater im zweiten Jahrhundert seines Bestehens durch die Kräfte neuer Kunst entschlossen mitwirke an der vollständigen Befreiung der unterdrückten Menschheit.

In der Jubiläumssitzung im Alexandra-Theater verlas der Sekretär des Hauptvollzugsausschusses der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik, Kisselew, eine Begrüßungsadresse der Regierung der Sowjetunion und eine Regierungsverordnung über die Verleihung von Titeln an eine Reihe verdienter Schauspieler. Im Namen der so Ausgezeichneten erklärte Volksschauspieler Dewzoff: „Wir sind glücklich, daß wir Teilnehmer des sozialistischen Aufbaus sein dürfen, daß wir der Kunst dienen, die die Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit stärkt." Mit stürmischem Beifall wurde die Arbeiterdelegation der Stadt Lenins begrüßt. Der amerikanische Professor Harry Dana betonte in seiner Ansprache, das Jubiläum des Alexandra-Theaters sei ein großes Ereignis in der Theatergeschichte der ganzen Welt. Der Jubiläumsabend schloß mit der Aufführung eines Aktes der Tragödie „Poscharski", die vor hundert Jahren am Eröffnungstage des Theaters aufgeführt wurde, und mit der Darstellung von Szenen aus anderen Schauspielen. Der Jubiläumsaufführung wohnten auch ausländische Konsuln und Journalisten bei.

Rote Kinderwelt

Wir Jungen wollen Rote Fahnen tragen

Blutrote, die sich in den Winden ballen,
Wie Blitze sich in Wolkenbergen krallen,
Wie Fäuste in die blaue Himmelsdemut schlagen,
Wir Jungen wollen Rote Fahnen tragen!

Wir Jungen wollen Rote Fahnen tragen!
Wir wollen selber Rote Fahnen sein!
Es bricht daraus ein Morgenschein
Von Not und Auferstehungstagen,
Wir Jungen wollen Rote Fahnen tragen!

Über das Eigentum

Ein alter Zimmermeister repariert das Geländer der Terrasse. Der siebenjährige Sohn des Hausherrn sieht zu und freut sich über die Arbeit des Alten.

Der Knabe: Wie gut Sie arbeiten! Wie heißen Sie denn?

Der Zimmermann: Wie ich heiße? Früher nannte man mich Chrolka, heute heiße ich schon Chroll. Obendrein beehrt man mich mit meinem Vaternamen Ssawitsch.

Der Knabe: Wie gut Sie arbeiten, Chroll Ssawitsch!

Der Zimmermann: Wenn man schon arbeitet, soll man gut arbeiten. Warum sollte ich auch schlecht arbeiten?

Der Knabe: Haben Sie auch eine Terrasse?

Der Zimmermann (lacht): Wir haben eine solche Terrasse, daß sich diese hier überhaupt nicht mit der unsrigen messen kann. Unsere Terrasse ist so eingerichtet, daß sie oben kein Dach, an den Seiten keine Wände und unten keinen Fußboden hat.

Der Knabe: Sie scherzen immer. Haben Sie wirklich auch so eine Terrasse?

Der Zimmermann: Ach, mein lieber Junge! Wie sollte unsereiner eine Terrasse haben! Woher denn? Unsereiner kann froh sein, wenn er ein Dach überm Kopfe hat und keine Terrasse. Seit Frühjahr will ich schon umbauen. Das alte Dach habe ich zwar abgerissen, aber zu einem neuen habe ich's noch nicht gebracht. Jetzt leben wir überhaupt ohne Dach!

Der Knabe: Warum machen Sie sich denn nicht ein neues?

Der Zimmermann: Warum? Das ist ja eben — weil mir zu einem neuen Dach die Kraft immer nicht ausreichen will.

Der Knabe: Wieso haben Sie keine Kraft? Sie haben doch Kraft genug, um bei uns zu arbeiten?

Der Zimmermann: Für euch kann ich schon arbeiten, für mich selbst nicht

Der Knabe: Warum denn nicht? Das verstehe ich nicht.

Der Zimmermann: Wenn du größer bist, Junge, wirst du es schon verstehen, wie das kommt, daß ich für euch arbeiten kann — und für mich nicht!

Der Knabe: Warum nicht? Sagen Sie es mir!

Der Zimmermann: Weil man zum bauen Holz braucht, und Holz habe ich keines. Wollt ich mir's aber kaufen, so fehlt mir wieder das Geld dazu. Wenn ich hier bei euch gearbeitet habe und deine Mutter mich bezahlt — fahre ich ins Gehölz und hole mir einige Espen. Dann werde ich auch bald ein Dach haben. Bitte schön deine Mutter für mich, daß ich ein wenig mehr bekomme.

Der Knabe: Haben Sie bei sich zu Hause keinen Wald?

Der Zimmermann: Wir haben solche Wälder, daß wir 3 Tage gehen können, ohne ein freies Feld zu finden. Wälder haben wir genug — ein Unglück ist's bloß, — uns gehören sie nicht . . . Schwatzhaft und alt bin ich geworden, meine Arbeit vergesse ich mit dir. Loben tut man uns dafür nicht.

Der Knabe: Wenn ich groß geworden bin, werde ich's so einrichten, daß ich nicht mehr habe wie alle andern.

Der Zimmermann: Wachsen Sie ein wenig schneller, junger Herr. Viel Zeit habe ich nicht mehr, zu warten. — — Wo ist bloß der Hobel wieder geblieben . . .

Ein wildes Gerücht

Es geht ein wildes Gerücht herum, daß es ein sonderbares Gerät gibt, das viele Arbeiterkinder noch nicht kennen und gebrauchen. Ich halte es für meine Pflicht, euch damit bekannt zu machen.

Das Gerät besteht aus einem Horn- oder Zelluloidstiel. Daran sind Borsten von einem Tier, das gewöhnlich Schwein genannt wird. Diese Borsten sind weiß. Das Gerät wird von den Menschen morgens und abends ins Wasser gesteckt . . . darauf eine weiße Masse gedrückt und damit an den Zähnen herumgefahren. Vorn und hinten, rauf und runter wird damit gebürstet. Es entsteht dabei ein zischender Ton. Danach nehmen die Menschen lauwarmes Wasser in den Mund und geben dabei ein gurgelndes Geräusch von sich.

Sonderbar ist, daß die Leute, die das Gerät regelmäßig benutzen, immer schöne, saubere und gesunde Zähne, sowie selten Halsschmerzen haben.

Ich empfehle allen Arbeiterkindern sofortige Anschaffung und den regelmäßigen Gebrauch dieses sonderbaren Gerätes!!

Hallo! Freunde!

Ich muß schon sagen, daß ihr alle etwas schreibfaul seid. Zwar ist das Wetter noch sehr günstig, so daß man lieber im Freien ist. Jetzt kommt auch ein bestimmtes Spiel dran. Die Zeit ist besonders dafür geeignet. Die Felder sind abgeerntet, so daß uns darauf genügend Platz zur Verfügung steht. Ich meine Drachensteigen. Ich komme mir immer wie ein kleiner Flieger vor, wenn der Drachen hoch im Winde schwebt. Da muß man gut aufpassen, daß ihn nicht eine Windböe niederdrückt. Schnell paar Schritte weiter oder zur Seite gelaufen und er steht wieder in richtiger Stellung.

Besonders schön sind die Kastendrachen, oder es gibt noch andere Formen. Die Hauptsache ist, daß unser kühner Flieger gleichmäßig und in der Waage gut gebaut ist.

Wir machen gute Propaganda für die Arbeiterklasse. Der Drachen wird beschriftet. Rot Front — Freundschaft — Rote Einheitsfront usw. Auch bildlich schmücken wir ihn aus. Aus Papier schneiden wir uns Hammer und Sichel aus und kleben das drauf. Ihr wißt bestimmt noch viel mehr, was alles zu machen geht. Schickt eure Erlebnisse für unsere Zeitung ein. Wir drucken schöne Berichte ab.

Unsere nächste Zeitung soll sehr lustig sein. Ihr müßt diesmal noch viel mehr helfen. Ihr könnt auch in eurer Mundart schreiben. Die Schlesinger hören gern etwas aus dem Rheinland. Die Sachsen, die Ostpreußen, wollen etwas von der Wasserkante wissen. Auch die Berliner Großschnauzen sollen mitmachen. Schickt alles bis spätestens Montag, den 26. September, an die

Rote Kinderwelt
Breslau, Kleine Holzstraße 3.

„Antifaschistischer Aktionskongreß“

Der Antifaschistische Aktionskongreß in Dresden am 11. September gestaltete sich zu einem der üblichen KPD-Läden. Sechs Delegierte der SJV wurden von vornherein nur als Gastdelegierte ohne Rede- und Stimmrecht zugelassen. Der Gen. Schreiter (KPO), Delegierter vom Antifaschistischen Aktionskomitee Zschachwitz, durfte in der Diskussion nicht sprechen, da für „Renegaten und Verbrecher an der Arbeiterklasse“ kein Platz in der Antifaschistischen Aktion sei.

Redakteur Beiling gab in zweistündigem Referat eine gute Kennzeichnung der wirtschaftlichen und politischen Situation, und ging dann mit Schimpfkanonaden zu den Gegenwartsaufgaben über. Bildung von Einheitsausschüssen in den Betrieben, die zu Kampfleitungen ausgebaut werden müssen (die RGO-Politik soll also noch einmal von vorn begonnen werden), Bildung von Straßen- und Betriebsstaffeln (Roter Massenselbstschutz) zur Abwehr faschistischer Angriffe und Stellung von Massenstreikposten, Solidaritätsausschüsse für die streikenden Textilarbeiter, die sofort Geld und Lebensmittel sammeln müssen.

In der Diskussion sprach neben einigen KPD-Genossen und einem Vertreter der KAO unser Gen. Pittel. Im Rahmen der zehnminutigen Redezeit forderte er von den Kommunisten ein Bündnisangebot an alle (auch die reformistisch geführten) Arbeiterorganisationen, die zum antifaschistischen Kampf bereit sind. Auf dieser Basis werden die reformistisch geführten Arbeiter für revolutionäre Aktionen zu gewinnen sein. Er wies ferner auf die Widersprüche in der Einheitsfrontpolitik der KPD hin.

Im Schlußwort beschäftigte sich Beiling fast 30 Minuten mit den Ausführungen unseres Genossen und bezeichnete die SAP als linkeste Stütze des Sozialfaschismus und der Bourgeoisie.

Der gesamte Kongreß zeigte, daß die Antifaschistische Aktion von der KPD als Neuauflage der RGO betrieben wird. Unsere Genossen müssen durch breiteste Agitation in der Arbeiterschaft diesen Unsinn verhindern.

Fellisch und die SPD

In der SAZ vom 7. September brachten wir eine Notiz über Herrn Fellisch, den früheren Amtshauptmann von Großenhain. Wir bemerkten dort, Fellisch habe in der SPD verbleiben können, obwohl seine Lebensführung seit Jahren allgemein bekannt gewesen sei.

Diese Notiz hat uns ein Schreiben des sozialdemokratischen Bezirkssekretariats für Ostsachsen eingebracht, in dem der Bezirkssekretär Sander, übrigens ohne uns einer Anrede oder einer höflichen Unterschrift zu würdigen, folgendes schreibt: „Tatsache ist, daß Amtshauptmann Fellisch seit Ende vorigen Jahres nicht mehr Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist. Ihre Vorwürfe gegen die SPD im Falle Fellisch sind also völlig gegenstandslos.“

Wir erlauben uns, trotz dieser seltsamen „Richtigstellung“ bei unserer Meinung zu verharren. Der Lebenswandel des Herrn Fellisch war nicht erst „seit Ende vorigen Jahres“, sondern seit einer Reihe von Jahren allgemein bekannt und bildete das ewige Aergernis der sozialdemokratischen Genossen von Großenhain und Umgebung. Wenn Fellisch trotzdem nicht aus der SPD ausgeschlossen wurde, so erklärt sich das sehr einfach daraus, daß die Sozialdemokratische Partei gerade im Bezirk Ost-Sachsen von Männern geführt wird, die durchaus nichts dabei finden, recht häufig eins über den Durst zu trinken. Sollte das sozialdemokratische Bezirkssekretariat Beweise für diese Tatsache wünschen — wir sind gern bereit, einiges aus unseren Erfahrungen in der Ost-Sächsischen Sozialdemokratie mitzuteilen. Aber wir vermuten, daß der Wissensdurst der SPD-Sekretäre von Dresden nunmehr gestillt ist.

Aus Südwestsachsen

Schneeberg

Die Christlich-soziale Volksdienstfraktion hat im Stadtparlament abermals ihre Arbeiterfeindlichkeit und damit den Betrug an ihren proletarischen Wählern erwiesen. Ein Unterschied zwischen Christen und Faschisten besteht nur darin, daß die einen mit Gott, die anderen mit Hitler die Geschäfte der herrschenden Klasse besorgen. So blieb es jetzt wieder dem Schneeberger „Lamm Gottes“, Herrn Kircheis, vorbehalten, den „beliebten“ Polizeibeamten Becher, der sich Verfehlungen gegenüber proletarischen Einwohnern zuschulden kommen ließ, vor dem Urteil der Oeffentlichkeit zu retten. Er erreichte die Ueberführung eines Antrages, das Verhalten Bechers betreffend, von der öffentlichen in die nichtöffentliche Sitzung. Der Mantel christlicher Nächstenliebe ist häufig ein recht brauchbares Kleidungsstück. — 19 Beamte und Verwaltungsanwärter verlangen Befreiung von der Angestellten- und Krankenversicherung. Die BA hat einen zustimmenden Beschluß gefaßt. Die Vertreter der Linken traten dem Verlangen sachlich aber entschieden entgegen, da auf diese Weise die Sozialgesetzgebung von unten her unverantwortlich durchlöchert wird. — Schließlich wurde in der gleichen Sitzung dem Rat der Vorwurf einseitiger Geschäftsführung gemacht. So konnte der Stahlhelm anläßlich des hiesigen Stahlhelmtages in geschlossener Formation zum Bahnhof marschieren, ohne daß irgend ein Polizeibeamter etwas sah oder vom Rat angewiesen wurde, etwas zu sehen. Der Bürgermeister versuchte den Vorwurf der Einseitigkeit abzuweisen, demgegenüber wies Gen. Günther-KPD auf das Vorgehen des Polizeibeamten Becher in der Nacht zum 31. Juli hin. Darauf schließt der Vorsteher plötzlich kurzerhand unter großer Empörung der Linken und der Tribüne die Sitzung! — Ein typisches Beispiel, wie der bürgerliche Mischmasch gegen die Arbeiterschaft arbeitet. Gebt ihm bei den Gemeindewahlen die einzig richtige Antwort: Wählt rot! Schafft einen aktionsfähigen Arbeiterblock!

*

In der letzten Schneeberger Einheitsfrontversammlung fehlte die SPD. Anscheinend sucht sie sich zurückzuziehen. Der Faschismus wird von Papen geschlagen, wozu braucht man noch die SPD? — Die Genossen Schürer und Korwatz sprachen über die Vorgänge am 31. Juli und geißelten das Vorgehen der Ortspolizei, insbesondere des Herrn Becher in schärfster Weise. Gen. Krauß gab in der Diskussion eine wertvolle Ergänzung zur Biographie unserer Polizeihelden.

Plauen

Die jungen Leute, die gegenwärtig in Plauen die KPD-Linie ausbiegen, haben bekanntlich die provozierende Erklärung abgegeben, daß „die SAP-Sekte“ in kommunistischen Versammlungen nicht mehr zum Wort greifen dürfe. Diese von Feigheit bestimmte Provokation hat — zu ihrer Ehre sei es gesagt — innerhalb der anständig denkenden kommunistischen Arbeiterschaft scharfe Diskussionen und Proteste ausgelöst. Selbst strenge Linienanhänger vertreten die Auffassung, daß solche Maßnahmen unproletarisch im höchsten Grade genannt werden müssen. Wir haben es ja gleich gesagt, daß wir auf diese Art nicht am Reden zu hindern sind. Das bewies die Erwerbslosenversammlung der KPD am Mittwoch im Gewerkschaftshaus, in der Janka ein zweistündiges, zum Gähnen langweiliges Mischmasch vortrug. Da meldete sich zur Diskussion ein bescheiden aussehender junger Mann, stellte sich als „erwerbsloser Genosse“ vor und entwickelte in viertelstündiger Rede mit größter Kühnheit die Grundsätze der SAP, ohne sich von dem aufgeregten Geklingel der „proletarischen Versammlungsleitung“ stören zu lassen. Und als die Provokationen der Versammlungsleitung gar nicht aufhörten, konnte man genug kommunistische Genossen bemerken, die dem Versammlungsleiter ein energisches „Weiterreden lassen!“ entgegenfeuerten. — Nämlich, die einfachen Proletarier begreifen trotz aller Führersabotage: Entweder die SAP hat unrecht, dann kann man sie sachlich widerlegen. Oder sie hat recht, dann soll man ihr auch recht geben. Aber Redeverbote wirken höchstens lächerlich und vertiefen unnötig den Haß in der Arbeiterschaft.

Zwickau

Im „Palast-Theater“ lief der beachtenswerte Werner Krauß-Film „Mensch ohne Namen“. Das „Deutsche Theater“ brachte zwei amerikanische Filme mit Long Chaney und Norma Shearer. Ab Montag läuft im Deutschen Theater“ der große Russenfilm „Erde“ der ukrainischen Filmproduktion Wufku, Charkow. Regie und Manuskript: Alexander Dowshenko. Der Film zeigt das große Ringen zwischen alter und junger Generation, den Kampf um die Kollektivisierung der bäuerlichen Produktion unter dem Fünfjahrplan und den Sieg des Traktors und der Sowjets über tausendjährige Schranken. Das Werk ist durch die Zensur nur unwesentlich gekürzt; wer irgend kann, sollte es sich ansehen.

Klingenthal

Sitzung der Stadtverordneten. An Stelle des Gen. Gerber, der infolge seines Umzugs nach Brunndöbra aus dem Kollegium ausschied, tritt Genossin Jakob (SAP) ein. Bürgermeister Dr. Gude will macht längere Ausführungen zum Haushaltsplan, der ein Defizit von 128 000 RM. aufweist. An Deckung sei nicht zu denken. Schuld an dieser Situation sei die Ueberlastung der Stadt mit Wohlfahrtsaufgaben. Bei 6½ Tausend Einwohnern zählt Klingenthal augenblicklich 1052 Unterstützungsempfänger. Die Gesamtsumme der Wohlfahrtsausgaben beträgt nicht weniger als 433 000 RM. Gen. Schlosser erklärt, die SAP werde den Haushalt weder annehmen noch ablehnen, sondern lediglich zur Kenntnis nehmen, da die Stadtverordneten unter den heutigen Verhältnissen ja doch nichts mehr zu entscheiden hätten. Dasselbe erklärt Dr. Will für die Bürgerlichen. Einstimmig beschlossen wird eine Winterhilfsaktion für die Unterstützungsempfänger und alle, die sich in gleicher Notlage befinden. Es sollen Kohlen, Kartoffeln und voraussichtlich auch Margarine und Fleisch zu erniedrigten Preisen abgegeben werden. Ein Vergleichsvorschlag mit der Kirchgemeinde über das Kirchschullehen, wonach die Stadt das ehemalige Gemeindeamt, die Kirche das alte Schulgebäude bekommen soll, wird von der linken Mehrheit abgelehnt, da die Stadt dabei zu schlecht wegkommt. —

In der letzten Sitzung des Ortsausschusses nahm man Stellung zur Frage des Arbeitsdienstes. Einstimmig wurde beschlossen, daß alle angeschlossenen Organisationen ihre Mitglieder eindringlich auf die schweren Gefahren hinweisen sollen, die für die gesamte Arbeiterschaft aus Bestrebungen dieser Art entspringen.

Planitz

Zu welch erbärmlicher ideologischer Verwirrung der von SPD und Gewerkschaften geförderte freiwillige Arbeitsdienst führt, beweist ein Fall aus einem dieser Arbeitslager. Die Beschäftigungszeit eines Freiwilligen ist abgelaufen. Trotzdem findet er sich am nächsten Tag wieder ein. Der Aufseher weist ihn vom Platz, der Freiwillige weigert sich. Er will weiter arbeiten. Drohung mit der Polizeigewalt hilft nichts, schließlich wird er unter Gewaltanwendung vom Platz geschleppt. — Wie mag es in einem solchen Kopfe aussehen? Das ist das Resultat der Arbeitslager: Knechtsgesinnung, Untertanengeist, Kriechertum prägt sich in die Hirne der ungeschulten Menschen. Das ist der Geist, den die SPD und die Gewerkschaften ernten! Die klassenbewußten Arbeiter haben nur einen Standpunkt: Nieder mit jedem Arbeitsdienst.

Der „Vorwärts“ preiswerter als Privatgeschäfte

Am 22. Juni 1932 ist in 33 deutschen Städten, darunter in Dresden, eine wichtige amtliche Feststellung über die Preislage von 21 unentbehrlichen Bedarfsgütern erfolgt. Dabei ist die für jeden Arbeiterhaushalt wichtige Tatsache erneut hervorgetreten, daß der Konsumverein „Vorwärts“ Dresden mit seinen Preisen für die wichtigsten Bedarfsartikel um 9,9% tiefer liegt als der Dresdner Einzelhandel. Es darf für jeden Arbeiter als erwiesen angesprochen werden, daß zur Eindeckung des gesamten Warenbedarfs die Genossenschaft die billigste Bezugsquelle ist. Gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist die Gesamtdeckung aller Bedarfsbedürfnisse im Konsumverein nicht allein für den Arbeiterhaushalt wichtig, sondern fast noch wichtiger für die Arbeiter-Genossenschaftsbewegung. Es liegt ja auch auf der Hand, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter-Konsumvereine für die Mitglieder mit der Erhöhung des Umsatzes steigt.

ORGANISATIONS NACHRICHTEN

SAP

Oeffentliche Versammlungen der SAP.

Plauen: am Dienstag, den 20. September.
Zwickau: am Mittwoch, den 21. September in der „Linde.“
Eibenstock: am Donnerstag, den 22. September.
Crimmitschau: am Freitag, den 23. September.
Redner in allen Versammlungen: Paul Frölich-Berlin.

Mitglieder-Versammlungen der SAP.

Kamenz: am Sonnabend, den 17. September, 20 Uhr, in der „Sachsentreue.“ Vortrag des Gen. Glaeser, Heidenau, über „Die politische Lage“ und Aufstellung der Kandidaten der Stadtverordnetenwahl.
Jocketa — Köhl — Helmsgrün: am Sonnabend, den 17. September bei Rudert in Pöhl. Gen. Zängry spricht.
Mühltroff i. V.: am Sonnabend, den 17. September, 20 Uhr, im Schützenhaus. Gen. Arno Bauer, Plauen spricht. Aufstellung der Kandidaten.
Cainsdorf bei Zwickau: am Montag, den 19. September, 20 Uhr im Turnerheim Cainsdorf. Gen. Paul Frölich, Berlin, spricht.

Plauen, Oberlosa, Weischlitz, Ruppertsgrün, Pöhl-Jocketa-Helmsgrün, Mühltroff, Kernbach, Elsterberg und Klingern: am Sonnabend, den 24. Septemb., 19 Uhr, im „Goldenen Becher“ zu Plauen, Konferenz aller Gemeindevertreter, Kandidaten und Parteifunktionäre. Tagesordnung: 1. Referat des Gen. Möckel, Gelenau, über „Finanzlage und Rechtsstellung der Gemeinden im niedergehenden Kapitalismus.“ 2. Stellungnahme zur Gemeindewahl. Alle Eingeladenen müssen erscheinen.

Planitz: am Sonnabend, den 17. September, 20 Uhr, im Volkshaus, Versammlung des Reichsverbandes für Geburtenregelung und Sozialhygiene. Lichtbildervortrag über „Geburtenregelung und Ehe in Sowjetrußland“ und Bericht über den Prozeß der Genossin Meyer, Zwickau.

Arbeitsgebiet Cunewalde mit den Gruppen Cunewalde, Obercunewalde und Weigsdorf-Cöblitz. — Am Sonnabend, den 24., und Sonntag, den 25. September findet in „Schönbachs Restaurant“ in Cunewalde ein Wochenendkursus statt mit dem Genossen Melcher-Dresden. Thema: „Der Niedergang des Kapitalismus und der Weg zur proletarischen Revolution“. Beginn Sonnabends 6—10 Uhr abends, Sonntags von 8—12 Uhr. Teilnehmerbeitrag 30 Pfg. — Die umliegenden Gruppen sind hierzu ebenfalls eingeladen. Uebernachtung gegen Vorzeigen der Stempelkarte 35 Pfg., sonst 50 Pfg. für in Arbeit Stehende. Quartiere müssen bis Montag, den 19. 9., gemeldet werden.

Oeffentliche Versammlung

für das Wirtschaftsgebiet Zwickau am Mittwoch, den 21. September, 20 Uhr, in den „Lindensälen“ Zwickau.

Gen. Paul Frölich, Berlin

ehemaliges Mitglied des ZK der kommunistischen Partei spricht über:

Bedeutet das

Wirtschaftsprogramm

der Regierung von Papen

den Aufstieg aus der Wirtschaftskrise und dem Elend der Arbeiterklasse?

Achtung! Parteifunktionäre von Plauen und Umgegend!

Am Sonnabend, den 24., und Sonntag, den 25. September, findet im Gewerkschaftshaus zu Plauen ein

Kursus für Funktionäre der SAP und des SJV

über: Die deutsche Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der SPD und der KPD

Redner: Gen. Paul Frölich-Berlin

Alle Funktionäre sind eingeladen.

Unterbezirksleitungen der SAP und des SJV

Dresden

Kauft bei
Schuh-Oestreich
das billige Schuhhaus Dresdens
Verkaufsstellen:
Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schössergasse
Königsbrückerstraße, am Albertplatz
Oschatzerstraße 13
Poststraße, neben Li-Mu

Werbt Abonnenten

Radebeul

Kurbad Nizza-Bad
alle Bäder der Neuzeit. Elektr. Licht- u. Warmbäder, Kamillendampfbäder, Kamillen-Inhalation, Sauerstoffbäder, Kohlensäurebäder, Fichtennadelbäder, Warmbäder 1. u. 2. Klasse; Massage und Fußpflege auch außer dem Hause.
Fernruf 72866

Kauft im Textilgeschäft der kleinen Preise
Anna Barthel
Bahnhofstraße 1a.

Reserviert
107

Alle Schuhreparaturen bei **Erich Gebauer**
RADEBEUL · Serkowitzer Str. 72 · Nizzastr. 44

Ballonfahrräder v. 55.- bis 90.- Mk., Mäntel v. 1.65 bis 4.50 Mk. Schläuche 0.75 bis 1.20 Mk. — Ersatzteile und Reparaturen
Fr. Philipp, Radebeul, Serkowitzer Str. 3

Heidenau

Heidenauer Hof, Inh. Ernst Taubert
Spezial-Ausschank — Bayr. Bier — Zeininger Kronenbräu
Vereinszimmer — Schattiger Garten
Jeden Sonnabend: **Schlachtfest.**
Verkauf ff. Wurstwaren auch über die Straße.

Kaufhaus Maximilian Reiner

Das gute Einfachbier
empfiehlt
Brauerei Großsedlitz